



Landesbeauftragte
für Datenschutz
und Akteneinsicht

Internationales Symposium 28. Oktober 2019

Informationsfreiheit und Journalismus
– ein effektives Rechercheinstrument?



 **Akteneinsicht und Informationszugang**
Potsdamer Materialien
Band 11

Impressum

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für den Datenschutz
und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow

Telefon: 033203 356-0
Telefax: 033203 356-49
E-Mail: poststelle@LDA.Brandenburg.de
Internet: <https://www.LDA.Brandenburg.de>

Stand: August 2020

Bild: [SamuelBrownNG/www.istockphoto.com](https://www.istockphoto.com)

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei und
Verlagsgesellschaft Potsdam mbh

Internationales Symposium
„Informationsfreiheit und
Journalismus –
ein effektives
Rechercheinstrument?“
28. Oktober 2019
in Potsdam

International Symposium
„Freedom of Information and
Journalism –
an Effective Research Tool?“
28 October 2019
in Potsdam



In der Reihe „Potsdamer Materialien zu Akteneinsicht und Informationszugang“ sind bisher erschienen:

Band 1: Dokumentation Internationales Symposium Informationsfreiheit und Datenschutz; 25./26. Oktober 1999

Band 2: Dokumentation Internationales Symposium Informationsfreiheit und Datenschutz in der erweiterten Europäischen Union; 8./9. Oktober 2001

Band 3: Dokumentation Internationales Symposium – Transparenz und E-Government in Mittel und Osteuropa; 10./11. November 2003

Band 4: Dokumentation Internationales Symposium – Informationsfreiheit in Deutschland und Europa; 28./29. September 2005

Band 5: Dokumentation Internationales Symposium – Öffentliche Daten auf dem privaten Markt – neue Regelungen zur Weiterverwendung öffentlicher Informationen; 4./5. Juni 2007

Band 6: Dokumentation Internationales Symposium – Zugang zu Umweltinformationen – Informationsfreiheit für den Umweltschutz?; 18./19. Juni 2009

Band 7: Dokumentation Internationales Symposium – Verbraucherinformationen – Marktregulierung durch Transparenz?; 30./31. Mai 2011

Band 8: Dokumentation Internationales Symposium – Open Data Ergänzung oder Einschränkung der Informationsfreiheit?; 27. Mai 2013

Band 9: Dokumentation Internationales Symposium – Informationsfreiheit und die Wirtschaft – zwei Welten?; 8. Juni 2015

Band 10: Dokumentation Internationales Symposium – Datenschutz und Informationsfreiheit – Widerspruch oder Ergänzung?; 28. September 2017

Band 11: Dokumentation Internationales Symposium – Informationsfreiheit und Journalismus – ein effektives Rechercheinstrument?; 28. Oktober 2019



I	Dagmar Hartge	7
	Eröffnung	7
II	Graham Smith	11
	The effective use by journalists of the EU Law on public access to Documents	11
III	Gavin Sheridan	22
	Producing News Stories Sourced Through Freedom of Information Legislation	22
IV	Dr. Tamás Richárd Bodoky	58
	How Independent Journalists and Citizens alike Use the Hungarian FOI Legislation	58
V	Markus „fin“ Hametner	78
	(Daten-)Journalismus unter dem Amtsgeheimnis – Erfahrungen aus Österreich	78
VI	Marie-Louise Timcke	86
	Aus Rohdaten werden Nachrichten: Open Data als Voraussetzung für Datenjournalismus?	86
VII	Zusammenfassung	92



I **Dagmar Hartge**

Eröffnung

Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete Schäffer,
sehr geehrter Herr Dr. Bodanowitz,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zum 11. Internationalen Symposium meiner Behörde hier in Potsdam.

Das diesjährige Thema unseres Symposiums „Informationsfreiheit und Journalismus – ein effektives Rechercheinstrument?“ ist in mehrfacher Hinsicht aktuell.

Wir leben in einer Zeit, in der die Zahl der Krisenherde weltweit stark ansteigt. Alle Staaten müssen sich mit globalen Themen wie der Klimakrise sowie mit nationalen Themen wie beispielsweise einer gerechten Gesellschaft, Mobilität oder Rechtsextremismus auseinandersetzen. Im weltweiten Netz und in den sozialen Medien werden täglich auch zu diesen Themen Milliarden Nachrichten öffentlich gemacht. Darunter sind viele Informationen, die wir vor dem Internet-Zeitalter nie erhalten hätten. Darunter sind auch Informationen, die falsch sind oder falschen Personen zugeschrieben werden. Wir alle kennen diese Nachrichten als fake-news. Alles in allem ist die Informationsflut nur noch schwer zu bewältigen und nur noch schwer auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen. Die Folge dieser Informationsflut ist die Gefahr von Desinformation und Falschinformation.

Sie werden sich jetzt fragen, was Informationsfreiheit mit diesen Entwicklungen zu tun hat. Meine Antwort hierauf lautet: eine ganze Menge. Unsere Gesellschaft ist für einen gesellschaftlichen Diskurs der gesellschaftlich relevanten Themen darauf angewiesen, Informationen zu erhalten, die wahr sind. Der Journalismus spielt für diesen Diskurs eine besondere Rolle. Leider veröffentlichen die informationsverarbeitenden Stellen ihre Informationen nicht immer bereits proaktiv. Wenn Nachrichten gepostet werden, handelt es sich immer häufiger auch um eine bewusste Verbreitung von Unwahrheiten, mit denen die gesellschaftliche Stimmung beeinflusst werden soll.



Journalistinnen und Journalisten sind diejenigen, die Informationen aus allen Bereichen für uns sammeln, um Fragen auf den Grund zu gehen oder die Wahrheit herauszufinden. Dem investigativen Journalismus kommt dabei eine besonders wichtige Rolle zu. Gerade er braucht deshalb gute, d. h. wahre Quellen. Das Presserecht gewährleistet Journalistinnen und Journalisten in Deutschland einen schnellen Anspruch auf Auskünfte. Auskünfte reichen aber oftmals für den investigativen Journalismus nicht aus. Es werden Originalunterlagen benötigt, denn nur mit diesen Unterlagen kann der spätere Artikel Bezug auf gesicherte Fakten nehmen. Informationsfreiheitsrechte können somit auch Journalistinnen und Journalisten eine Möglichkeit bieten, Zugang zu Informationen zu erhalten, die nicht öffentlich sind oder die von der Stelle nicht proaktiv freiwillig herausgegeben werden. Aber wie effektiv sind diese Regelungen für den Journalismus, Regelungen, die als „Jedermannsrechte“ geregelt worden sind und nicht expliziert als Rechte für Pressevertreter.

Schaut man sich die Informationszugangsregelungen an, so stellt man fest, dass es allein in Deutschland, bedingt durch den Föderalismus, eine Vielzahl an Gesetzen in Bund und Ländern gibt, die jeweils einen unterschiedlich weit gehenden Informationszugang gewähren. Ihnen gemein ist, dass sie in Deutschland nur gegenüber öffentlichen Stellen anwendbar sind. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Transparenzgesetze in Hamburg, Bremen oder Rheinland Pfalz mit weitergehenden Einsichtsrechten auf der einen Seite und das brandenburgische Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz mit seinen zahlreichen Einschränkungen des Informationszugangs auf der anderen Seite. Die Wirtschaft ist bisher von den deutschen Informationsfreiheitsregelungen nicht verpflichtet worden, Informationen auf einen Antrag hin herauszugeben.

In den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gibt es ebenfalls sehr unterschiedliche und teils weitergehende Informationszugangsregelungen. Hier gibt es auch Vorstöße zur verpflichtenden Herausgabe von Informationen durch die Wirtschaft. Es haben auch in Europa nicht alle Länder eine gesetzliche Regelung für den Informationszugang verabschiedet. Wir haben es also für journalistische Recherchen mit einer Vielzahl an Informationsfreiheitsregelungen zu tun, die sich sowohl in ihren Anwendungsbereichen, ihrer Wirkungsweise als auch in ihrer Effektivität unterscheiden.



Dies eröffnet uns die Möglichkeit, heute gemeinsam mit Ihnen der Frage nachzugehen, wie effektiv Informationsfreiheitsregelungen für Journalismus als Rechercheinstrument tatsächlich sind. Können Informationsfreiheitsregelungen überhaupt eine bessere Recherche ermöglichen? Verhindern gesetzliche Einschränkungen der Regelungen eine effektive Nutzung des Rechts auf Informationszugang? Welche Lösungen für Journalistinnen und Journalisten haben andere Länder vielleicht bereits gefunden?

Ich freue mich sehr, dass wir für dieses Thema sechs Referentinnen und Referenten aus Belgien, Irland, Mazedonien, Ungarn, Österreich und Deutschland gewinnen konnten, die für uns Licht in das Dunkel der Fragen bringen werden. Da wir über Journalismus sprechen werden, ist es mir eine ganz besondere Freude, mit Herrn Lassive, dem Vorsitzenden der Landespressekonferenz unseres Landes, für die Moderation unserer Veranstaltung sowie der Podiumsdiskussion einen erfahrenen Journalisten für unser Symposium gewonnen zu haben.

Meine Damen und Herren, unser Internationales Symposium hat in der Vergangenheit immer wieder eindrucksvoll aufgezeigt, welche guten Lösungsansätze es für die verschiedenen Fragestellungen zur Informationsfreiheit in anderen Ländern gibt. Es hat manchmal auch gezeigt, welche Regelungen in der Praxis nicht funktionieren. Ziel dieses Symposiums ist es nicht nur, Erfahrungen auszutauschen, sondern auch, Ideen mitzunehmen zu können und so vielleicht ja Verbesserungen der eigenen gesetzlichen Regelungen anstoßen zu können. Und manchmal wurde in den vergangenen Symposien auch einfach nur klar, dass nicht alle guten Umsetzungen des Informationszugangs auf das eigene Rechtssystem übertragbar sind. Auch das ist eine sinnvolle Erkenntnis, für die sich der europäische Austausch lohnt.

Ich freue mich daher auf spannende Vorträge und eine interessante Diskussion.

II **Graham Smith**

The effective use by journalists of the EU Law on public access to Documents

Graham Smith ist leitender Beamter im Kabinett der Europäischen Bürgerbeauftragten, Emily O'Reilly. Die Behörde hat ihren Sitz in Brüssel.

Bevor er im Jahr 2015 seine Tätigkeit im Team der Bürgerbeauftragten aufnahm, war Graham Smith seit 2001 Stellvertreter des Britischen Informationsbeauftragten sowie Direktor der Abteilung Informationsfreiheit in dessen Behörde.

Er hat umfangreiche Erfahrungen als internationaler Referent zu den Themen Informationsrechte und Transparenz.

Er ist Rechtsanwalt (Solicitor) des Obersten Gerichtshofs von England und Wales und verfügt über einen Abschluss in den Rechtswissenschaften (LLB Hons) der Universität Sheffield sowie über das Diplom der Rechtsanwaltskammer (Solicitor) in Recht und Praxis der kommunalen Verwaltung.

—

Graham Smith is a senior advisor in the Cabinet of Emily O'Reilly, the European Ombudsman, based at the Ombudsman's office in Brussels.

Before joining the Ombudsman's team in 2015, Graham Smith was, from 2001, Deputy Commissioner and Director of Freedom of Information at the UK Information Commissioner's Office.

He has extensive experience as an international speaker on information rights and transparency.

He is a Solicitor of the Supreme Court of England and Wales and holds a law degree (LLB Hons) from the University of Sheffield and the Law Society's Diploma in Local Government Law and Practice.



Quelle Text (englisch) und Foto: Graham Smith

My presentation today is primarily putting forward the point of view of the European Ombudsman and the recent experience of her office in handling complaints about access to documents requests made to the institutions, bodies, offices and agencies of the EU. However, I will also be drawing extensively on my experience as Deputy Information Commissioner and Director of Freedom of Information in the UK, a position I held for over 10 years, until 2015, covering the period when the UK's FOI law was first introduced.

For much of that same period, Emily O'Reilly, now European Ombudsman, was Information Commissioner and Ombudsman for Ireland. There are some consistent threads in our experience in the EU and in those Member States, where a strong, enforceable public access to information regime was in place.

Documents or Information

At the outset, I need to address a terminology issue. The EU has a law on public access to documents, rather than a law on public access to information. In that respect, the EU law is out of step with many of the equivalent laws in EU Member States, although many of the older administrative codes on public access, for example in France and Portugal, do give rights of access to documents, rather than

information as such. For the purposes of this presentation, the differences can be ignored and the terms can be regarded as interchangeable. Indeed, the definition of a “document” under the EU law is much the same as the definition of “information” under the Irish and UK law. However, when specifically referring to a particular regime, I will endeavour to refer to it correctly, as an access to documents regime or a freedom of information regime.

Regulation 1049/2001

The EU law on public access to documents is found in Regulation 1049/2001. It is a fairly standard example of a public access law dating from around 20 years ago, a time when many countries around the world were introducing freedom of information laws, either as a free-standing legal instrument or as part of new constitutional arrangements.

All the laws are broadly similar, with a series of exceptions, some being subject to an overriding public interest test. The enforcement and redress provisions vary from jurisdiction to jurisdiction, usually designed to fit with an existing national legal system. The EU law offers alternative avenues of redress. Someone who has been refused access to the document they have requested can either go to the Court of Justice in Luxembourg, to try and get the refusal overturned, or they can complain to the European Ombudsman, on the basis that the refusal or mishandling of their request amounts to maladministration.

I won't go into all of the respective merits of these alternatives. Suffice to say that the Ombudsman is a free service available to all EU citizens and businesses. We are quicker and easier to use, especially since we introduced a new Fast Track procedure for access to documents complaints 18 months ago. The Ombudsman's decisions are not legally binding, unlike a court order. Nevertheless, our proposals for resolving complaints are often successful, either prompting a response from an institution which has been slow to make a decision on whether or not a document can be disclosed, or securing full or partial access to the documents requested. We can make formal recommendations, which we publish, and which the institutions are obliged to respond to. Our ultimate sanction is to make a special report to the European Parliament.

We have seen a steady increase in the number of complaints from journalists concerning access to documents over recent years. The overall number of such complaints has also increased. Last year we received about 120 and around 13% of those were from journalists. These journalists tend to have a specialist portfolio or subject area of interest and are usually seeking documents relevant to an investigation or particular issue they are following. FOI is not a tool for getting up-to-the-minute hot news, due to the timelines for responding and procedural requirements.

Procedure and Timelines

In that context, it's important to note that effective use of access relies on a degree of patience and persistence. Because of the potential procedural pitfalls it requires a degree of organisational skills too. All FOI laws have time limits and procedural requirements. For example, in the EU a request must be in writing, a postal address must be supplied and proof of entitlement, such as EU citizenship, may be asked for.

Under Regulation 1049, some of the timescales are not only imposed on the EU institutions, but also on those requesting documents. Missing a deadline for following up a refusal can be fatal to the request. The institution receiving a request has 15 working days in which to reply. In certain circumstances that may be extended. In the event of a refusal, a partial refusal or a failure to reply within that 15 days (if there has been no valid extension), the person making the request has 15 days in which to ask for a review, called a "confirmatory application." If you miss that deadline, the institution can refuse to consider the confirmatory application. If on review, the documents are still refused, you can turn to the Ombudsman. You have to do so within two years, so the time pressure is not so great but as a document's relevancy tends to fade over time, most people are prompt in making their complaint.

If someone prefers to go to the Court of Justice to appeal against the refusal, they have only 2 months in which to do so. Given the financial implications and procedural requirements of a court application, that isn't very long.

Fast Track

The European Ombudsman's Fast Track procedure recognises the fact that people seeking documents from the EU tend to want them for a particular purpose and that time is often a critical factor if the document is to be useful. The procedure is designed to deliver a result in shorter time than used to be the case. On receipt of a complaint, we decide within 5 days whether it is a valid complaint which we can investigate. We then aim to reach a decision within 40 working days, or 8 weeks. This may still seem like a long time, but you have to remember the investigation process is very often dependent on the responsiveness of the institution against whom the complaint is made and, sometimes, on the complainant, for example if additional information is needed from them.

The experience from the first year suggests that we are achieving these targets in around half our Fast Track cases and overall we are dealing with these complaints 3 times faster than in previous years. The targets have proved to be ambitious for some of the more complex cases, but overall we are pleased with the progress made. Some complaints can be dealt with very quickly and a result delivered within just a few days. But, not surprisingly, cases concerning the release of sensitive documents tend to take longer, either requiring consideration at a more senior, often political, level in an organisation or requiring input from third parties, including Member States or commercial contractors.

Unfortunately, even with our Fast Track procedure, the Ombudsman can only do so much to require an institution to respond to her inquiries within a specified time limit. There are no time limits set in the law and we rely on the reasonableness of the institution or agency concerned. There is also what is known as the obligation of "loyal cooperation", which requires all EU bodies to cooperate with one another in the performance of their respective functions. Excessive delays and any perceived failure to cooperate are likely to be criticised by the Ombudsman, but in reality, there are no concrete sanctions which an Ombudsman can impose if an institution is slow to respond. Where there is delay, adverse comment by requesters, particularly on social media can be more effective in practice.

But the Fast Track procedure means that the European Ombudsman has effectively prioritised access to documents complaints to deliver an outcome for complainants as quickly as possible. This may result in getting a response where there has been none, securing access to a requested document or getting confirmation that a refusal is valid, after a timely independent review by the Ombudsman.

Making a request

In handling access to documents complaints, the starting-point for the Ombudsman has to be the original request. This is why the way you frame your request for public access to documents is so important. You don't get the chance to change it part way through the process. So spend some time on it and think it through. Some of the least effective requests I've seen in my time have been sent by email between the hours of midnight and 3 o'clock in the morning. I realise that many journalists keep different hours to bureaucrats like me, but in my experience an email fired off in the early hours tends not to be the most carefully drafted. Requests sent on Christmas Day or New Year's Eve are also often less than coherent. I can't think why. There's also something I find inherently sad in thinking this is how people spend their holidays...

So, some tips:

- Be clear about what you want.
- Do some research - are you sure what you're asking for isn't already published?
- Is there something like a register of documents held which can help you describe more precisely what it is you want?
- Don't be too ambitious. Your request might be knocked back if it is for too many documents or too wide-ranging.
- Talk to those who know what's there that may be relevant to your work.

None of this is rocket science, but there's a real risk that an ill-thought-out request will backfire or simply prove to be a waste of time. I'm also a great believer in trying to work with those who have

what you want, rather than assume they will be working against your interests. You will quickly find out if they are, so why not first try picking up the phone or sending a friendly email to try and smooth the way for your request. Some people are only too pleased to discover that someone is interested in their department's work and will help you to identify what documents they have that you might find useful or interesting. They will often also be able to point you in the direction of what's already publicly available.

Requests for comparative data

We've already identified that for journalists, FOI requests are a more effective tool when used for medium to long-term pieces of work. Some of the most eye-catching uses I have seen are where the same data is requested from a number of similar authorities, such as all Police Forces, or all hospitals providing Accident and Emergency services. Comparisons can then be drawn and a public interest story generated from that work. In some cases, this kind of journalism has actually led to an improvement in public services. There was an example from Scotland about 15 years ago when the Scottish Information Commissioner ordered the release of data on mortality rates of different surgeons carrying out cardio-thoracic surgery. The data protection objections were overruled, the data published and over the coming years those mortality rates noticeably reduced.

There can also be an interesting side story for a journalist making a series of identical public access regimes. There's sometimes news to be found in the style or number of responses received. Who gives out the data and who withholds the equivalent data, quoting an exception in their legislation? Who fails to respond at all? From my experience in the UK, I know that many representative bodies of a particular sector, such as the National Police Chiefs' Council or Universities UK, will identify and coordinate blanket requests made to all their members, to ensure a consistency of approach. To do so is clearly in their interests, but it can also be interesting for a requester or the public when different approaches to granting public access are adopted by equivalent organisations in respect of the same material. It can be quite disconcerting for one local authority, having withheld certain information, to get a call saying that their neighbouring authority saw no problem in giving out that same information.

Valuing Public Access laws

One of the criticisms sometimes made of a public access to documents regime is that it is onerous on public institutions and distracts resources from the provision of mainstream services, which are of more direct benefit to citizens. This is a difficult issue to counter, because there is no doubt that responding to requests for access to documents or to FOI requests can be time-consuming. I've already suggested that it can be helpful to make personal contact with the person handling a request. Courtesy and appreciation can go a long way to lifting the burden of any task. But I think it's also important that, as advocates and supporters of transparency and democracy, we demonstrate that we value the laws we have which underpin those fundamental rights. We can do this by regularly referring to the benefits of the right to public access and reporting on positive outcomes when it has led to increased transparency in the public interest.

A strong public access law is something to be cherished, particularly in a world where there are many challenges to basic democratic rights and authoritarian and intolerant regimes sometimes appear to be in the ascendancy. Some FOI laws include provisions which limit or remove altogether the obligation to comply with an excessive or vexatious request. If those provisions are invoked too often, the fundamental right of access to information is at risk of being undermined.

Journalists and broadcasters are in a good position convey to the public the importance and value of public access laws. When the FOI law was first introduced in the UK, one of the key tasks we had at the Information Commissioner's Office was to raise public awareness of the law and the rights and ability of citizens to use it to get information that was relevant to their lives. When journalists used in their reports information they had obtained using access to information laws, they would often include in their opening lines, the phrases "Information obtained under the Freedom of Information Act". This was very welcome in bringing the existence and usefulness of the law to public attention. What surprised me was that this practice continued long after the law was first introduced. Indeed, the Freedom of Information Act is still regularly quoted in the media as the source of the information on which a report is based.



Likewise in the EU, journalists sometimes refer to Regulation 1049 when they have used documents obtained under that law to support an article or news report. Quoting the number of an EU Regulation might not have quite the same ring to it, but the principle is the same. The more we can all refer to these laws in our public communications, to demonstrate their value to the public, the more entrenched in our democracies they become. Then, hopefully, in the event that they were under threat, the greater the public outcry would be because the public will have become aware of their worth and contribution to what they hear or read in the news. Again, we saw this in the UK when there was an attempt to cut back of the reach of the Freedom of Information law in the wake of the MPs' expenses scandal. Journalists individually, and representative bodies like the Society of Editors, played a significant role in fending off what was a very serious threat to the erosion of transparency by amending the Freedom of Information Act.

Public Access to Documents and Data Protection

One of the trickiest issues in upholding the EU law on public access to documents is its relationship with data protection law. The exception for data protection, or rather, in EU Regulation 1049, "the privacy and integrity of the individual", is the most commonly invoked exception in most, if not all, public access regimes. I know that for many journalists, data protection laws are regarded as an unwelcome constraint on freedom of expression, and the refusal of personal data which falls within an FOI request is often seen as frustrating. Sometimes it is a real barrier to adding the "human interest" to a public interest story.

The tension is particularly acute when it comes to personal information about an identified official or elected representative. It's worth noting that, across the EU, the national laws and rulings of national courts take different positions on where the line should be drawn between public interest and private interest. So what might be publicly available in one Member State about, say, the expenses incurred by a member of the national parliament in the course of his or her official duties, might not be available in another.

The General Data Protection Regulation (GDPR) of 2016 was supposed to bring about a more uniform approach to the implementation

of data protection law across the EU. The EU institutions themselves are subject to a specific, slightly different, data protection regulation, but which is consistent with the GDPR. However, the case law of the Court of Justice of the European Union, under the old data protection regulation, still applies. That case law makes it clear that personal information is protected from disclosure even when it relates to official duties, unless the person requesting it is able to show a necessity, in the public interest, for the transfer of the information. Even if such a necessity can be shown, the rights of the data subject then have to be balanced with the public interest in disclosure.

What's important for requesters to understand is that it is up to them, under EU law, to demonstrate the necessity, in the public interest, of the personal information being transferred to them. They have to make the case. This therefore differs from the situation in relation to most other requests for public access to information, when there is no need for a requester to say why they want the information or document they are asking for. This requirement to show necessity is very often an obstacle, which those seeking access from an EU institution to documents containing personal data, are unaware of or find difficult to overcome. But it's important to make the case with your request if you are asking for personal information about a specific individual.

If, however, the identity of officials, like who signed a letter or who attended a meeting, is not important to you and simply incidental, you will not be concerned about those names being redacted from a document.

Release of the Document

So to close, I want to talk about the situation where you've been successful in your request for a document. You've overcome all the obstacles in your way, possibly with some help and guidance from that friendly official you took the trouble to call when you first thought of making your request. You're very pleased with yourself and think you have an exclusive story. But have you? The control over the release of the document still lies with the public institution that holds it. You may have established your right of public access to it, but you cannot dictate the manner in which it is disclosed.



I remember in the early days of FOI in the UK, there was outrage on the part of journalists when the Justice Minister suggested that, because FOI was about putting information into the public domain, the Government itself would? be publishing what members of the public, including journalists, had asked for . So much for the journalist's exclusive story!

The UK Government, like any EU institution or other public authority releasing information, was perfectly entitled to do this. They are not limited to disclosing the information or documents requested, but can release other information and documents at the same time. This might give a fuller or more balanced view of the subject matter, or bring out different issues. They can also, for example, issue a statement offering clarification or a press release emphasising whatever parts most supports their agenda. My point is that, even when recommended or required to release material by law, the institution retains almost total control over the means of publication, so long as it complies with the minimum requirement of disclosure to the person who requested it.

So, using to law to obtain public access to documents or information can be a useful tool for journalists. But like any tool, it is only good for the particular job for which it is suited. Trying to use it to do something else is not likely to work. The key is preparation, careful formulation of the request, making sure the procedural requirements, including timelines, are met and following up promptly if you get no response or an unsatisfactory response.

Thank you for your attention and I'll be happy to answer any questions either now or later in the day.





III Gavin Sheridan

Producing News Stories Sourced Through Freedom of Information Legislation

Gavin Sheridan ist seit dem Jahr 2002 Blogger und engagiert sich für die Informationsfreiheit, seit er im Jahr 2009 seinen ersten Antrag auf Informationszugang gestellt hat. Er ist Teil des Teams hinter TheStory.ie, KildareStreet.com, Story-ful (von News Corp übernommen) und gründete Vizlegal – ein Startup-Unternehmen für Rechtssinformationen.

Im Rahmen seiner Tätigkeit für TheStory.ie leistete Sheridan Pionierarbeit bei der Nutzung des Informationsfreiheitsgesetzes, was zu mehreren wichtigen Entscheidungen des Information Commissioners, des High Courts und des Supreme Courts führte. Zu diesen Fällen gehörten die Offenlegung der „Trichet Letters“ im Jahr 2014 und die Einstufung der National Asset Management Agency (NAMA) als Behörde im Sinne der Regelungen über den Zugang zu Umweltinformationen beim Supreme Court.

—

Gavin Sheridan has been a blogger since 2002 and a right to information advocate and activist since filing his first FOI request in 2009. He is part of the team behind TheStory.ie, KildareStreet.com, Storyful (acquired by News Corp), and founded Vizlegal – a legal information startup.

At TheStory.ie, Sheridan pioneered the use of Freedom of Information law in new ways, resulting in multiple significant decisions by the Information Commissioner, the High Court, and the Supreme Court. These cases included the ultimate release of the “Trichet Letters” in 2014 and the designation of the National Asset Management Agency (NAMA) as a public authority for the purposes of the Access to Information on the Environment (AIE) Regulations in the Supreme Court.



Quelle Text (englisch) und Foto:
<https://thestory.ie/about-2/>



**Producing News Stories Sourced Through Freedom of
Information Legislation**

Potsdam

October 28, 2019

@gavinsblog @thestoryie @righttoknowie



**Access to information is a fundamental right
under your rights to freedom of expression**

Magyar Helsinki Bizottsag v Hungary, Nov 8, 2016

“The significance of the judgment of the Grand Chamber in *Magyar Helsinki Bizottsag v. Hungary* cannot be underestimated. It consolidates for the first time the principles and premises of European human rights jurisprudence on access to information under Article 10. The Court tied access to information to freedom of expression and its role in providing for a robust public discourse in matters of public interest in a democracy.”

<https://echrblog.blogspot.com/2016/11/mhv-v-hungary-judgment-on-access-to.html>



The Open Data Directive (rPSI recast) 2019/1024/EC June 20, 2019

(5) Access to information is a fundamental right. The Charter of Fundamental Rights of the European Union (Charter) provides that everyone has the right to freedom of expression [Article 11], including the freedom to hold opinions and to receive and impart information and ideas without interference by public authority and regardless of frontiers.

Transpose by: July 17, 2021



Pursuing fundamental rights in Ireland, in the context of journalism.

TheStory.ie - 2009 - today

Right To Know CLG - 2016 - today



The tools at your disposal in Ireland:

Freedom of Information Act 2014

Access to Information on the Environment Regulations 2007-2018
(Directive 2003/4/EC / Aarhus Convention)

The rPSI Directive/Regulations

The GDPR

Regulation 1049/2001



Regulation 1049/2001 (Or ECB Decision 2004/3)



**From: Gavin
December 09, 2011**

Dear European Central Bank,

Under the right of access to documents in the EU treaties, as developed in Regulation 1049/2001, I am requesting documents which contain the following information :

1) Any and all communications from the ECB addressed to the Irish Finance Minister (or his direct office) in the month of November 2010.

Yours faithfully,

Gavin Sheridan

GD



European Central Bank

December 09, 2011

Dear Mr Sheridan,

Thank you very much for your e-mail and your interest in the European Central Bank.

You might wish to consult the following link which provides you with the relevant information about the access to ECB documents:

<http://www.ecb.int/ecb/history/archive/i...>

With kind regards,
EUROPEAN CENTRAL BANK
Directorate Communications
Press and Information Division
Kaiserstraße 29
D-60311 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 13 44 74 55
Fax: +49 69 13 44 74 04
E-mail: [ECB request email]

[show quoted sections](#)

GG



From: Gavin

December 09, 2011

Dear European Central Bank,

While I appreciate the availability of the form on your website, I do not wish to submit my request using that method, nor is there is an obligation for me to do so under Regulation 1049/2001. I submit that my request is "any written form" as per:

Article 6:

Applications for access to a document shall be made in any written form, including electronic form, in one of the languages referred to in Article 314 of the EC Treaty and in a sufficiently precise manner to enable the institution to identify the document.

I look forward to hearing from you in the time period prescribed by the Regulation.

Yours faithfully,

Gavin Sheridan



European Central Bank

December 09, 2011

Dear Sir,

The ECB hereby confirms receipt, on 9 December 2011, of your application for access to "Any and all communications from the ECB addressed to the Irish Finance Minister (or his direct office) in the month of November 2010".

Please note that access to ECB documents is governed by Decision ECB/2004/3 (the unofficial consolidated version of this ECB Decision is available at [1]<http://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/0...>).

Your request has been registered and a reply will be provided to you within the deadline foreseen by this ECB Decision.

Best wishes,

Secretariat Division
European Central Bank
Kaiserstrasse 29
60311 Frankfurt am Main.
[email address]
Phone+49 69 1344 0
Fax: +49 69 1344 6170



1. I consider that this document should be released in full since there is no legal basis for the ECB to refuse its release under Article 4(1)(a) of decision ECB/2004/34⁴ of 4 March 2004 on public access to ECB documents.
2. The ECB has not provided reasons for its decision.
3. Additionally and/or alternatively the ECB should partially release documents under the request at least insofar as the public may discover whether or not the ECB threatened the Irish government in order to persuade it to request a bailout.
4. The ECB has not disclosed the existence of or provided reasons why it does not hold at least two documents coming under the request and for which there is credible evidence of their existence. These are letters from the ECB to the Irish finance minister dated 4 and 12 November 2010.
5. Refusal to release the requested documents is a violation of my rights to hold opinions and receive and impart information under Article 11 of the Charter of Fundamental Rights and Article 10 of the European Convention on Human Rights. The refusal interferes with my right as a journalist to provide a forum for public debate on an issue of public importance.



An tAire Airgeadais
Department of Finance

Óifig an Aire
Office of the Minister

Sráid Mhuirfean Uacht,
Baile Átha Cliath 2,
Éire.

Upper Merrion Street,
Dublin 2,
Ireland.

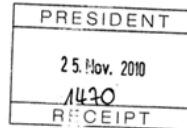
Teleafón / Telephone: 353-1 604 562
Facsimhír / Facsimile: 353-1 676 195
Glao Áitiúil / LoCall: 1890 66 10 10
<http://www.finance.gov.ie>

21 November 2010

Mr Olli Rehn
Commissioner on Economic and Monetary Affairs
European Commission

Mr Dominique Strauss-Kahn
Managing Director
IMF

Mr Jean-Claude Trichet
President
European Central Bank



Dear Sirs,

On behalf of the Irish Authorities, I am writing to formally apply for financial assistance in the context of a joint EU-IMF programme. The external assistance sought is made under the terms of the European Financial Stabilisation Mechanism, the European Financial Stability Facility and the IMF assistance programme.

I welcome the statement by the Eurogroup and ECOFIN Ministers which concurred with the EU Commission and the ECB that providing assistance to Ireland is warranted to safeguard financial stability in the EU and in the euro area.

The Irish Authorities will cooperate fully in the preparation of the joint EU-IMF programme of assistance to the Irish State that will now be required to be developed.

Yours faithfully,

Brian Lenihan TD
Minister for Finance

cc Mr Jean-Claude Juncker, Eurogroup President



Independent.ie

Monday 10 March 2014

News Sport Business Woman Entertainment Lifestyle Videos

Independent.ie Irish News

Revealed: Lenihan letters that showed world Ireland just couldn't manage

Tweet 0 8+1 0 Share

THOMAS MOLLOY - UPDATED 02 DECEMBER 2012 11:36 PM

O'Reilly hits out at ECB for lack of transparency on Irish bailout

Ombudsman claims bank blocked disclosure of letter that 'bounced' Ireland into bailout



Ombudsman Emily O'Reilly claims ECB blocked disclosure of letter that bounced Ireland into taking bailout in 2010.

Tom Lyons

Topics: [Business](#) [Economy](#) [Brian Lenihan](#) [Emily O'Reilly](#)
[Jean Claude Trichet](#) [Tom Lyons](#) [Ecb](#) [Eu](#) [European Central Bank](#)

Fri, Mar 7, 2014, 10:05

 Recommend

549

 Tweet

44

 +1



The European Ombudsman Emily O'Reilly has said the [European Central Bank](#) has "wasted an opportunity for openness and transparency" by refusing the release the November 2010 letter from it to the Irish government that allegedly bounced [Ireland](#) into the bailout.

Trichet letter revealed: ECB threatened to stop emergency funding unless Ireland took bailout

Exclusive: 'Secret' letter obtained by The Irish Times shows Brian Lenihan was told to seek bailout



Minister for Finance Brian Lenihan attends a European Union finance ministers' meeting at the European Union Council in Brussels November 28th, 2010. Photograph: Thierry Rogge/Reuters



Share +

Irish letters

On 6 November 2014, the Governing Council of the European Central Bank decided to publish a letter written by former ECB president Jean-Claude Trichet on behalf of the Governing Council to then Irish Finance minister Brian Lenihan in November 2010.

With this decision, the ECB honoured the European Ombudsman's call for the Governing Council to re-consider the release of the letter. The Governing Council also decided to disclose a further three letters that were part of correspondence between the ECB and the Irish authorities in the run-up to the official application of Ireland for support under an EUI/IMF adjustment programme.

Also included below are public documents with statements and positions of the ECB on Ireland.

Letters

-  [Letter of the ECB president to the Irish Minister for Finance dated 15/10/2010 on the large provision of liquidity by the Eurosystem and the Central Bank of Ireland to Irish banks](#)
-  [Reply letter of the Irish Minister for Finance dated 04/11/2010](#)
-  [Letter of the ECB president to the Irish Minister for Finance dated 19/11/2010 on the large provision of liquidity by the Eurosystem and the Central Bank of Ireland to Irish banks and the need for Ireland to agree to an adjustment programme](#)
-  [Reply letter of Irish Minister for Finance dated 21/11/2010](#)



- 1) The Irish government shall send a request for financial support to the Eurogroup;
- 2) The request shall include the commitment to undertake decisive actions in the areas of fiscal consolidation, structural reforms and financial sector restructuring, in agreement with the European Commission, the International Monetary Fund and the ECB;

Kaiserstrasse 29, 60311 Frankfurt am Main, Germany · Tel.: +49 69 13 44 73 00 · Fax: +49 69 13 44 73 05

2

- 3) The plan for the restructuring of the Irish financial sector shall include the provision of the necessary capital to those Irish banks needing it and will be funded by the financial resources provided at the European and international level to the Irish government as well as by financial means currently available to the Irish government, including existing cash reserves of the Irish government;
- 4) The repayment of the funds provided in the form of ELA shall be fully guaranteed by the Irish Government, which would ensure the payment of immediate compensation to the Central Bank of Ireland in the event of missed payments on the side of the recipient institutions.



The tools at your disposal in Ireland:

Freedom of Information Act 2014

Follow the money





as @ 11th Jan
wed .

CONFIDENTIAL

DRAFT PROGRAMME

11/01/2006 OMcB

All times are local

Monday, 16 January

- 12:40 Arrive Bangalore International Airport
- Greeted by:
Minister Protocol of the State of Karnataka (tbc)
H.E. Mr Saurabh Kumar
Ambassador of India to Ireland
H.E. Mr Kieran Dowling
Ambassador of Ireland to India
Dr. Kiran Mazumdar-Shaw
Honorary Consul of Ireland in Bangalore
- 12:50 Depart Airport **Protocol 1**
- 13:10 Arrive Windsor Sheraton Hotel **Car Plan**
- Remainder of day private*

Tuesday, 17 January

- 12:00 Arrive Westminster Room, Windsor Sheraton Hotel
- Launch of Global e-Schools and Communities Initiative (GeSCI) **Protocol 2**
- 12:30 Depart Windsor Sheraton Hotel **Car Plan**
- 12:40 Arrive Taj Residency Hotel



HATITUDES

Adventure House,
1 Chapel Hill,
Lucan Village,
Phone 628 2652

210
307

Therese O'Connor
10, Clontarf St
Department of Arts Sports
& Tourism
Phone: 087

INVOICE

No: 5211

Date: 17.6

To Collect: 17.6

To Return: 26.6 (10.53c)

HAT NO.	DESCRIPTION	BOOKING FEE	HIRE FEE
	White Straw	€20	€40
	Orange Hp.	€20	€40
666	Buttermilk	€20	€40

CONDITIONS OF HIRE

- Each hat must be returned in the same condition as received. Water damages hats, please use an umbrella if raining.
- Booking fee is refunded when hat is returned.
- In the event of the hat being damaged, your booking fee will be forfeited.
- There will be an extra charge of €8 per day for each day the hat is detained after the stipulated time.
- No hat will be considered booked unless the booking fee is paid when booking.
- In the event of cancellation, the booking fee will not be refunded.
- If hat is not returned, the customer undertakes to pay the full market value of the hat.

Customer Signature: Therese O'Connor

Lord Edward (Est. 1890)
Dublin's Oldest Seafood Restaurant

Lord Edward
Dublin's Oldest Seafood Restaurant
CHRISTCHURCH PLACE, DUBLIN 8
RESTAURANT TEL./FAX: 01 454 2420 * BAR: 01 454 2158

23 CHRISTCHURCH PLACE • DUBLIN 8
RESTAURANT TEL./FAX: 01 454 2420
BAR TEL.: 01 454 2158

14 FEB 2005 14:07:05
PAID
SPORTS & TOURISM

2 PINT GUIN	14.00
FRISKI BREAD	1.00
FRISKI BREAD	1.00
FRISKI BREAD	1.00
TOTAL	48.95

+ 10.00
58.95

OFFICE
14 FEB 2005
SPORTS & TOURISM

JOHN J. DONOHUE,
T.D.
MINISTER FOR
SPORTS, SPORTS
AND TOURISM,
KILDARE ST.,
DUBLIN.

John Donohue

• NO SERVICE CHARGE •
Gratuities at your discretion...
12.5% Service Charge for Parties of 8 or more.

Dinner € 58.95

Arts, Sport & Tourism
01/02/2006-28/02/2006

Account Code	Transaction Reference	Transaction Date	Description	Journal Type	Accounting Period	Base Amount	Name	
Y230020	V22/905	09/01/2006	ADP : VIP facilities Mins J. O'Donoghue D/AST	ZM	2006/001	€767.32	PARIS	
Y230020	V/55/4039915	23/01/2006		ZM	2006/001		FRAGUE (Paris) <i>1000</i>	
Y230020	102/488800	23/01/2006	Travellade Ms. Keltann	ZM	2006/001	€281.73	NEW DELHI ✓	
Y230020	105/488800	23/01/2006	Travellade, Mr. Francis	ZM	2006/001	€281.73	NEW DELHI ✓	
Y230020	106/488800	23/01/2006	Travellade, Ms. Theresa	ZM	2006/001	€281.73	NEW DELHI ✓	
Y230020	107/488800	23/01/2006	Travellade, Mr. John	ZM	2006/001	€281.73	NEW DELHI ✓	
Y230020	V19/Draft	13/02/2006	Rio Hotel/ Hotel bill W Bossi driver Olympic games	ZM027	2006/002	€510.00	ROME ✓	
Y230020	IDFA/013763	16/02/2006		RP2A	2006/002			
Y230020	VR100	20/02/2006	T GALLAGHER LIMO HIRE FOR J O'DONAGHUE 24/1/06	ZM017	2006/002	€47221	LONDON ✓	
Y230020	V27/Draft	22/02/2006	W. Bossi/ Car hire during Olympic games	ZM027	2006/002	€2,900.00	ROME ✓	
							Total	

Minister defends O'Donoghue's €472 limo for three-minute trip



MICHAEL BRENNAN, POLITICAL CORRESPONDENT - UPDATED 28 NOVEMBER 2012 05:18 AM

JUNIOR Minister Conor Lenihan yesterday defended Ceann Comhairle John O'Donoghue as the "last person in the world" who would engage in lavish spending.

O'Donoghue confirms he will stand down

 0  0  

 Wednesday 07 October 2009 09:36



John O'Donoghue - Faced pressure over expenses

Ceann Comhairle John O'Donoghue is to resign next week.

Mr O'Donoghue announced his decision this evening, after a day of pressure on him over his expense claims as Ceann Comhairle.



The tools at your disposal in Ireland:

Access to Information on the Environment Regulations 2007-2018
(Directive 2003/4/EC / Aarhus Convention)

**Request:**

All records that show discussions at Cabinet over the past 10 years related to climate change



Refusal.

“Following a search of Departmental files 31 records have been identified as being relevant to your request. The attached schedule provides a list of these records, however, having regard to the provisions of Articles 8(b) and 10(2) of the 2007 AIE Regulations which give effect to Cabinet confidentiality, I have decided to decline access to such documents. The decision of Mr. Justice O’Neill given in the High Court in June, 2010 (*An Taoiseach v. Commissioner for Environmental Information and Gary Fitzgerald*) is also relevant to this request.”

Go directly to court (No Information Commissioner Appeal)

Interplay between EU and national law



**Right to Know CLG
-v-
An Taoiseach & anor**

[2018] IEHC 372

“This case raises fundamental issues in relation to the relationship between national law and EU law, in addition to fundamental issues about transparency of Irish Government decision-making in relation to environment matters. The right to access environmental information contained in the Aarhus Convention, the Directive and AIE Regulations is not an abstract, standalone right; rather, it is central to ensuring effective public participation in decisions in environmental matters, ensuring accountability for such decisions and making sure that the best possible decision is made.”



83. I find that I cannot agree with the respondents' submissions in the above regard. The fact of the matter is that the Directive, and the AIE Regulations, provide for a **fundamental right of access to environmental information**. If it is to be refused on the grounds permitted in the Directive, it must be justified via the processes set out in the Directive, as replicated in the AIE Regulations. The methodological requirements of Articles 10(3) and (4) of the AIE Regulations are apparent. They require an engagement by the public authority decision-maker which respects the underlying purpose of the Directive, as has been emphasised in the jurisprudence of the ECJ.

84. Accordingly, the very fact of the constitutional protection afforded to Cabinet confidentiality in Irish law, as reflected in Article 8(b) cannot, to my mind, be solely dispositive of the applicant's request for access to environmental information. For a refusal of such information (including information about emissions into the environment) to be justified, the requisite weighing exercise must be embarked on. It must not be a formulaic exercise. Any decision on a request for environmental information must reflect the fact that the process of engagement with the request (whatever the ultimate outcome) was conducted in accordance with the letter and spirit of the Directive.



Strategic litigation

Right To Know CLG now in 10x High Court cases

Right To Know now litigating against the European Commission for access to EU Harmonised Technical Standards. "CE"

Data is now frequently sought by journalists - something TheStory.ie led.



**Access to information is a fundamental right
under your rights to freedom of expression**



Thank you!

IV Dr. Tamás Richárd Bodoky

How Independent Journalists and Citizens alike Use the Hungarian FOI Legislation

Dr. Tamás Richárd Bodoky ist investigativer Journalist und Herausgeber. Im gemeinnützigen Bereich ist er in leitender Funktion tätig. Journalist ist Bodoky seit dem Jahr 1996: Bevor er für Index.hu tätig war, verbrachte er 9 Jahre in verschiedenen journalistischen und verlegerischen Positionen; er war Journalist für Wissenschaft und Technologie bei der Wochenzeitschrift Magyar Narancs. Bodoky hat für seine Artikel über die Unruhen in Ungarn im Jahr 2006 sowie über die Brutalität der Polizei im Jahr 2008 den Göbölös Soma Preis für investigativen Journalismus gewonnen. Bodoky gewann außerdem den Iustitia Regnorum Fundamentum Preis und den ungarischen Pulitzer Memorial Preis für seine investigativen Artikel und seine Informationsfreiheitsklagen zu Fällen von politischer Korruption auf hoher Ebene.

Bodoky ist Alumni des Marshall Memorial Fellowship und Mitglied von Netzwerken internationaler, investigativer Journalisten. Im Jahr 2011 hat Bodoky die ungarische Watchdog-NGO und Zentrum für Investigativen Journalismus – atlatzo.hu – mitbegründet. Dort arbeitet er als investigativer Journalist, Herausgeber und Direktor.

—

Dr. Tamás Richárd Bodoky is an investigative journalist and editor, and nonprofit executive based in Budapest, Hungary. Bodoky has been a journalist since 1996: before joining Index.hu, where he spent 9 years in different journalistic and editorial positions, he was science and technology journalist at the Magyar Narancs weekly paper. Bodoky has won the Göbölös Soma Prize for investigative journalism in 2008 for his articles on Hungary's 2006 unrest and police brutality. Bodoky has won the Iustitia Regnorum Fundamentum and the Hungarian Pulitzer Memorial Prize for his investigative articles and freedom of information lawsuits on high level political corruption cases.

Bodoky is Marshall Memorial Fellowship alumni, and member of international investigative journalism networks. In 2011 Bodoky



co-founded hungarian watchdog NGO and investigative journalism center atlatzso.hu, where he works as investigative journalist, editor, and director.



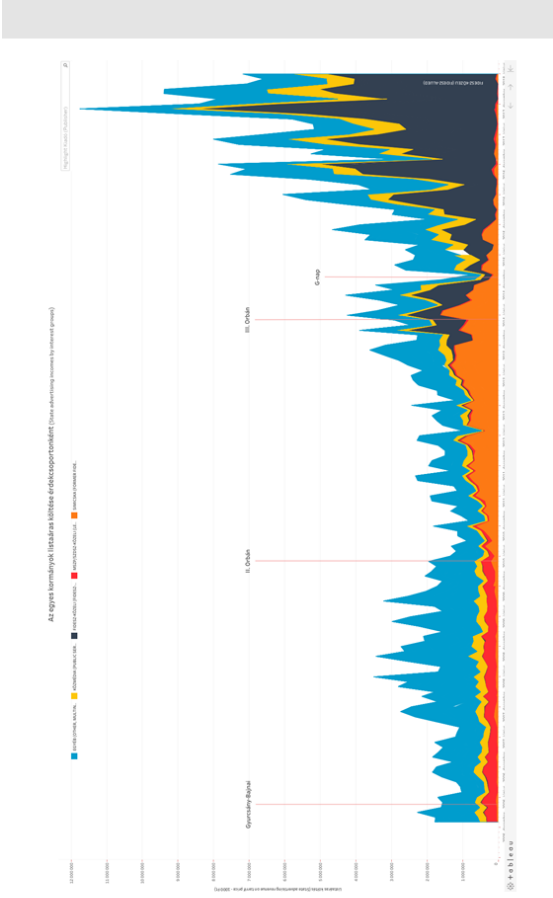
Quelle Text (englisch) und Foto: Dr. Tamás Richárd Bodoky



Atlatzo.hu is
small, but we
have a strong
impact on the
Hungarian
public sphere

- 8 full time employees – 6 of them journalists
- dozens of freelancers, lawyers, IT professionals, volunteers
- cca. 4.000 „subscribers“
- 101.000 Facebook-followers
- 200.000 visitors on website per month
- 3.200 quotes in other media per year
- Data journalism and data visualisation projects
- Independent blogging platform
- Secure leaking platform
- Camera drone project, short videos
- FOI Request Generator – more than 13.000 citizen requests
- FOI lawsuits, legal support
- Workshops and trainings offered
- Rural correspondents project
- Crossborder investigative projects, international partnerships

Government allied oligarchs buying up or closing down independent media outlets, starting up new ones - the government controlled media empire now consists more than 500 publications in Hungary – financed primarily by the state





Government politicians and propaganda machine constantly smearing and discrediting of independent media and NGOs, accusing them being unpatriotic, attacking Hungary and Hungarian people, being foreign agents

Despite the deteriorating media environment in Hungary, atlatzso.hu is still able to make headlines



trips draw scrutiny after news story - AP News

2018. szept. 25. - A Hungarian opposition party says it will report to prosecutors suspected corruption relating to luxury trips taken ...

trips draw scrutiny after news story - ABC News

2018. szept. 25. - A Hungarian opposition party says it will report to prosecutors suspected corruption relating to luxury trips taken by Prime Minister Viktor Orbán ...

trips draw scrutiny after news story - Houston

2018. szept. 25. - A Hungarian opposition party says it will report to prosecutors suspected corruption relating to luxury trips taken ...

Hungary: Premier's free trips draw scrutiny after news story - Ventura

2018. szept. 25. - A Hungarian opposition party says it will report to prosecutors suspected corruption relating to luxury trips taken by Prime Minister Viktor Orbán ...

Hungary: Premier's free trips draw scrutiny after news - This is Money

2018. szept. 25. - BUDAPEST, Hungary (AP) - A Hungarian opposition party says it will report to prosecutors suspected corruption relating to luxury trips taken by ...

Hungary: Premier's free trips draw scrutiny after news story - Tuscon

2018. szept. 25. - BUDAPEST, Hungary (AP) - A Hungarian opposition party says it will report to prosecutors suspected corruption relating to luxury trips taken ...

AZ OE LEM repülési és a Lady Mivel létezőkkel szigorú 2018. évi ellenőrzés





- Hungary: Act CXII of 2011 on the right to informational self-determination and on the freedom of information
- **It is everyone's right under the freedom of information laws of Hungary to request information from any public body who are then legally obliged to respond.**

If there is no answer or the answer is refused

- First step: contact the public body, and also use the legal solutions
- Complaint (preferred but slower process): Hungarian National Authority for Data Protection and Freedom of Information - *Anyone is entitled to **request an inquiry of the Authority concerning the exercise of the right to access data of public interest or data accessible on public interest grounds. The Authority will continue to vigorously protect rights to **freedom of information.*****
- Starting a lawsuit

atlatszo.hu's FOI
request website
legal background



atlatzso.hu's FOI
request website
in numbers

kimittud.org

- Launched in 2012
- Runs on the Alaveteli platform
- One of the most successful Alaveteli FOI platforms worldwide
- Number of institutions in the database (by August 2019): 5,247
- Number of requests:
 - in total (by September 2019): 13,200
 - in 2018: 2,022
 - monthly average (2018): 168
 - annotated as fully or partly successful: 53%
- Number of registered users: 3,376 (registration is needed for filing requests)
 - Page views:
 - in 2018: 851,871
 - monthly average (2018-2019): 65,903



Public institutions receiving FOI requests

- Ministries
- Local governments
- Police HQs
- Universities, public schools
- Authorities
- Government Offices
- State owned companies
- Municipality owned companies
- Public utility service providers
- Nonprofit organisations
- Parliament offices

KITŐL IGENVELHETEK INFORMÁCIÓT?

A KIMITUD weboldal segítségével jelenleg 5 252 adatgazdától igényelhető információ. Például:

Miniszterhivatal 382 igénylés
 Emberi Erőforrások Minisztériuma 347 igénylés
 Semmelweis Egyetem 245 igénylés
 Igazságügyi Minisztérium 187 igénylés
 Budapesti Közbiztonsági Központ Zrt. 186 igénylés
 Műegyetem NEMZETI BANK 161 igénylés
 Ránhorváti Közösség-Önkormányzat Polgármesteri Hivatal 153 igénylés
 Nemzetgazdasági Minisztérium 153 igénylés
 Médiaszolgáltatás-támogató és Vagyonkezelő Alap 144 igénylés
 Budapest XII. kerület Helyiégi Hivatal Polgármesteri Hivatal 138 igénylés
 Nemzeti Fejlesztési Minisztérium 138 igénylés
 Budapest XIII. kerület Önkormányzat Polgármesteri Hivatal 128 igénylés
 Budapest Évfordós Önkormányzat Polgármesteri Hivatal 126 igénylés
 Belügyminisztérium 125 igénylés
 Külgügyminisztérium 119 igénylés
 Országos Rendőr-főkapitányság 109 igénylés
 Nemzeti Adatvédelmi és Információszabadság Hatóság 104 igénylés
 Budapest XVII. kerület Békemenye-Önkormányzat Polgármesteri Hivatal 99 igénylés
 Budapest Évfordós V. kerület Belváros-Lipótváros-Önkormányzat Polgármesteri Hivatal 94 igénylés
 Budapest Évfordós Vákok Csoportja Általános Iskola, Speciális Szakiskola, Egyesített Gyógynevelési, Módszertani Intézmény, Diákotthon és Gyermekotthona 93 igénylés
 Budapest XIV. kerület Zrínyi Önkormányzat Polgármesteri Hivatal 91 igénylés
 Budapest Évfordós II. kerület Önkormányzat Polgármesteri Hivatal 87 igénylés
 Műegyetem NEMZETI VAGYONKEZELŐ Zrt. 85 igénylés
 Nemzeti Adat- és Vámvizsgáló 82 igénylés

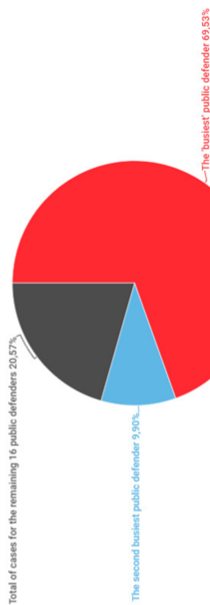
Citizens using the FOI request platform



- Journalists, bloggers, activists
- NGOs, activist and watchdog organisations
- Local communities
- National and local politicians

Typical citizen FOI case assisted by Atlatzso legal support

- A private citizen filed a freedom of information request with the 19th district of Budapest and asked how many public defenders are working for the police station and how many cases each of them are given. When the police asked the citizen to pay more than 11 million Hungarian forints (more than 35,000 euros at today's exchange rate) for the data, Atlatzso's lawyers took the case to court. After a lengthy court battle, the numbers became public – for free. The data shows that 267 out of 384 cases were referred to the same attorney.




 KIWI
TUT

journalist FOI
stories / PAKS 2

PAKS 2 – documents of a new nuclear plant preparations

- No lawsuit was needed, but very active pressure was made on the public body
- Background: A source provided Atlatszo with a (not final) manuscript of a study of the site of the nuclear plant, which recommended more research at the nuclear plant site, as the data show geological problems (the site does not comply with IAEA recommendations and local laws).
- The final results of this mentioned research were not made public and were not shown to people requesting to see them. Only a shortened, 197-page document was published on the web page of MVM Paks II Zrt. among the documentation of the new nuclear plant's site.
- Atlatszo requested these documents from the public body, and received them on 6 DVD discs. We published all these documents and made them available for everyone
- Atlatszo was very active during the process



journalist FOI
stories / COF

COF – a state friendly nonprofit receives money from state company

- Submission to Hungarian National Authority for Data Protection and Freedom of Information in action
- Background: Based on other journalist's information we found out, that state-owned energy group MVM ample funding to so-called NGOs that are secret subsidiaries of the political propaganda apparatus (and likely they would play a major role in the 2018 general elections).
- It took Atlatzso.hu several freedom of information requests, including a submission to Hungarian National Authority for Data Protection and Freedom of Information, to finally compel the state-owned firm to reveal its donations in details, which included COF. The MVM subsidy was nearly five times as much as COF's complete operating budget previous year.
- Lawsuit was needed to find out, how the public body made the decision about the donations (transparency question)

Hungarian Government restricts FOI requests

- Before our public FOI request platform only a few lawyers and journalists used the FOI legislation to request public data
- The Hungarian government was not happy about the increasing number of FOI requests, government politicians complained on „excessive use“ of FOI
- In 2013 the Hungarian Parliament adopted a restrictive amendment, which allows to reject „excessive“ requests of information – the term being not defined precisely
- In 2015 the Parliament adopted a second restriction which allows public institutions to charge a fee for answering a FOI request
- Hungary joined the Open Government Partnership in 2012 and left it in 2016 in response to criticism and concerns raised by civil society organisations regarding their space to operate in the country

Constitutional court decided that state owned companies are not exempt of FOI legislation

- In 2014 a freedom of information lawsuit initiated by Atlatzso journalist (in 2009) has reached a crucial finale: after the first and second degree court decided against transparency, the Constitutional Court has ruled that state owned companies cannot withhold any information which affects public interest. This puts to rest a go-to ruling by the supreme court that state firms frequently cite when they have been called on to publish data.
- Despite the ruling, state owned companies still often claim FOIA exemption based on absurd arguments
- For example, Hungary's Media Support and Asset Management Fund (MTVA) gets to decide about 70 billion Forints (roughly 230 million Euro) of government spending a year. All state-owned media belong to them. The information on their expenditure is clearly data of public interest and should be published without any request. However, they claim that a tiny portal of investigative journalism is a competitor to the state-financed media giant and as such poses a threat to their ad revenue by obtaining data on their daily business.



State organisations are refusing to carry out certain court orders regarding freedom of information requests

- In 2012 we requested data about a TV show that was running on the public service TV channel. It was called Marslakók (The Martians) and Atlatzso wanted to see all contracts and invoices in connection with the production of the show. In 2016 the communications director of MTVA was censured by the prosecutor for not giving the data to Atlatzso even after she was ordered by a judge to do so. This was the least severe of the possible punishments.
- Atlatzso requested data about the Erzsébet vouchers. We did not get the data and so we went to court. The judge ordered the relevant agency to fulfill the FOI request. The data was eventually provided to Atlatzso although the deadline for it had already passed. The police concluded that this was not a crime.



We have an
excellent legal
team – pro
bono and
contracted
lawyers



V Markus „fin“ Hametner

(Daten-)Journalismus unter dem Amtsgeheimnis – Erfahrungen aus Österreich

Markus „fin“ Hametner ist Mitbegründer des Forum Informationsfreiheit und engagiert sich in Österreich seit dem Jahr 2012 für die Abschaffung des Amtsgeheimnisses. Er hat in mehreren höchstgerichtlichen Urteilen gegen die Republik ein Mehr an Transparenz erfochten. Hauptberuflich arbeitet er als Datenjournalist bei Addendum.org.

—

Markus „fin“ Hametner is a co-founder of FOI Austria and has been working on the Access to Information issue in Austria, which has strong constitutional provisions for government secrecy, since 2012. He has won multiple landmark cases for transparency. He also works as a Data Journalist at Addendum.org.



Quelle Text: Markus „fin“ Hametner

Quelle Foto: Christian Müller

Österreich ist das Bayern Europas. Die Gemeinsamkeiten reichen von der ähnlichen Grundfläche über die – grob gesehen – gleiche Einwohnerzahl bis ins Politische, nämlich zum fehlenden Informationsfreiheitsgesetz. Österreich hat allerdings eine Ausrede – nämlich, dass in Wien schon der Balkan beginnt. Wobei, so einfach ist es nicht: die Informationsrechte von Bürgern können sich nämlich am Balkan mittlerweile – laut RTI-Rating¹ – sehen lassen.

Währenddessen verortet RTI-Rating Österreich auf Platz 126 von 126, gleichauf mit Palau.

Die Rechtslage

Das Amtsgeheimnis, das der Grund der schlechten Position im Ranking ist, war so um 1810 eigentlich eine positive Regelung. Nur durch sie konnten Bürger vertrauen, dass Beamte die im Dienst erhaltenen Informationen nur dienstlich einsetzen. Im 21. Jahrhundert kann man ein sehr weit gefasstes Amtsgeheimnis, wie es in Österreich gelebt wird, jedoch getrost als nicht zeitgemäß einordnen.

Rechtlich geregelt sind Auskunftsrechte in Österreich folgendermaßen:

Artikel 20 Bundes-Verfassungsgesetz² sieht in Punkt 3 eine weit gefasste Verschwiegenheitspflicht vor. Gleichzeitig wird in Punkt 4 eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung geschaffen, die nur gilt, soweit eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht der Auskunftserteilung nicht entgegensteht.

Das 1987 beschlossene Auskunftspflichtgesetz³ stellt klar, dass Auskünfte nur erteilt werden müssen, wenn sie die weiteren Aufgaben der Behörde nicht (wesentlich) beeinträchtigen und wenn sie nicht mutwillig verlangt werden („Mutwillig handle unter anderem, wer sich im Bewußtsein der Grund- und Aussichtslosigkeit, der Nutz-

1 <https://www.rti-rating.org>

2 <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138&FassungVom=2020-01-03>

3 <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000916>

und Zwecklosigkeit seines Handelns an die Behörde wende“ – so der oberste Verwaltungsgerichtshof (VwGH) 90/12/0214⁴).

Weiters sind Auskünfte zwar „ohne unnötigen Aufschub, spätestens aber binnen acht Wochen“ zu erteilen. Die fragwürdige Angemessenheit einer zwei-Monats-Frist im 21. Jahrhundert soll an dieser Stelle nicht weiter lamentiert werden – es sei aber erwähnt, dass es scheint, dass der Satzteil „ohne unnötigen Aufschub“ oft von Behörden nicht beachtet wird. Häufig kommt es vor, dass eine Auskunftsanfrage erst nach acht Wochen beantwortet wird – zwischendurch erhält man als Anfragersteller meist nicht einmal eine Empfangsbestätigung.

Ein weiterer Anreiz, so wenig Auskunft wie möglich zu erteilen, ist der Tatbestand „Verletzung des Amtsgeheimnisses“ (§ 310 Strafgesetzbuch⁵). Beamten drohen bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe, wenn befunden wird, dass sie das Amtsgeheimnis verletzt haben.

Die Judikatur des VwGH verschärft die Rechtslage weiters. So verneinte der VwGH in 2009/06/0059⁶ ein Recht auf bzw. eine Durchsetzbarkeit einer Dokumentenübermittlung: „Die Behörde kann zwar ihrer Auskunftspflicht auch [...] nachkommen, indem sie [...] eine Kopie bestimmter Aktenteile zur Verfügung stellt, ein Recht darauf hat die Beschwerdeführerin aber nicht“.

Was macht das mit dem Journalismus?

Einige Journalisten haben in Videos des Forum Informationsfreiheit erörtert, was das mit dem Journalismus macht. Es folgen einige Auszüge, längere Videos finden Sie auf unserer Website⁷.

Florian Klenk, Chefredakteur Falter

Es gibt jede Woche eine Wand, die sich Amtsgeheimnis nennt, hinter der sich eine Information verbirgt, die in Wirklichkeit nicht geheim ist, sondern geheim gehalten wird, weil die Bürokratie Kritik an der

4 https://www.ris.bka.gv.at/JudikaturEntscheidung.wxe?Abfrage=Vwgh&Dokumentnummer=JWR_1990120214_19910222X02

5 <https://www.jusline.at/gesetz/stgb/paragraf/310>

6 https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Vwgh&Dokumentnummer=JWT_2009060059_20110608X00

7 <https://www.informationsfreiheit.at/videos/>



Bürokratie nicht hören will – das ist der wahre Grund. Ein Beispiel: jedes Jahr verfasst die Korruptionsstaatsanwaltschaft einen Wahrnehmungsbericht. Da steht nichts Geheimes drinnen. Wenn der Wahrnehmungsbericht positiv ist, dann kriegen wir ihn. Wenn er kritisch ist, dann kriegen wir ihn nicht. Das ist eine Informationsverwaltung nach Gutsherrenart. Die Beamten glauben, sie sind Fürsten, die Information wie Goodies über das Volk ausschütten können, wenn es ihnen beliebt – aber genau das ist nicht das Wesen eines modernen Staates. Ein moderner Staat stellt seine Informationen den Bürgern zur Verfügung und hält sie nicht wie Untertanen.

Corinna Milborn, Puls4

Ich gehe zum Beispiel seit 2007 den Spekulationen mit Steuergeld nach – in Gemeinden und den Ländern, unter anderen in Salzburg und in Niederösterreich. Und da ist man immer auf eine Mauer des Schweigens gestoßen. Es war klar, dass da etwas schief läuft, es ist uns aber immer gesagt worden: „das ist alles in Ordnung, das ist alles in Ordnung, aber wir sagen euch nicht, was passiert ist, weil wir sagen euch nicht, wo wir investiert haben“. Und so etwas ist eine Katastrophe, weil dadurch sind hunderte Millionen Euro verloren gegangen in Geschäften, die, wenn man sie damals aufgelöst hätte, wo schon klar war, dass sie sich verspekuliert haben, dann wären diese Verluste gar nicht eingetreten. Und da geht es um Steuermillionen und Gewinne für Banken“.

Die positiven Seiten der Rechtslage

Es gibt auch Vorteile – oder Lichtblicke – in der österreichischen Rechtslage. Einerseits ist die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) im Verfassungsrang, und der Gerichtshof für Menschenrechte hat – auch einem richtungsweisenden Urteil gegen die Republik Österreich (EGMR 39534/07⁸) – entschieden, dass aufgrund von Artikel 10 EMRK ein Recht auf Informationszugang für „public watchdogs“ existiert.

Andererseits gibt es in Österreich eine Verwaltungsgerichtsbarkeit. Das heißt: die Rechtsdurchsetzung ist relativ einfach und kostengünstig. In der ersten Instanz liegen die Kosten bei 30 Euro für ein Verfahren und es gibt keine Anwaltspflicht. Das steht im starken

8 [https://hudoc.echr.coe.int/eng#{„itemid“:\[„001-139084“\]}](https://hudoc.echr.coe.int/eng#{„itemid“:[„001-139084“]})

Kontrast zu Systemen wie dem irischen, in dem ein Verfahren ein Kostenrisiko von 50.000 Euro bedeuten kann.

Was passiert, wenn man Verfahren führt

Causa Eurofighter

Meine erste Anfrage betraf die damals schon mehrere Jahre als Staatsgeheimnis gehandhabte Liste der Eurofighter-Gegengeschäfte – als Teil eines umstrittenen und korruptionsumwitterten Kaufs von Abfangjägern musste der Flugzeughersteller Gegengeschäfte für österreichische Unternehmen nachweisen. Die Eurofighter-Affäre ist nicht in der gebotenen Kürze zusammenzufassen, deswegen verweise ich auf den im aktuellen Stand sehr brauchbaren Wikipedia-Artikel⁹ zum Thema. Die Behörde verweigerte mir meine Anfrage, da sie noch nicht endgültig, also nicht „gesichertes Wissen“ sei und ihre Veröffentlichung auch Ermittlungen negativ beeinflussen könnte. Das Höchstgericht, das damals gleichzeitig die Erstinstanz war, kippte den Bescheid aufgrund von Begründungsmängeln. Der Minister wurde nach dem Urteil von Journalisten gefragt, ob es eine erneute Verweigerung geben werde. Er gab jedoch bekannt, dass die Liste nun doch veröffentlicht werde. Seit 2015 stand die Liste der Eurofighter-Gegengeschäfte deshalb online¹⁰. Meine erste Anfrage war also vor Gericht erfolgreich. Ende 2019 wurde eine endgültige Abrechnung der Gegengeschäfte präsentiert – die Liste der Gegengeschäfte jedoch erneut auch nach Fragen von Journalisten dazu nicht veröffentlicht. Ich habe dazu erneut ein Verfahren eingeleitet.

Ich habe rund um die Eurofighter-Affäre weitere Auskunftsverfahren angestrengt. Die Frage nach der genauen Formulierung der Geheimhaltungsvereinbarungen in einem Gegengeschäftsvertrag wurde von der Behörde nicht beantwortet, das Gericht zwang die Behörde zu einer inhaltlichen Antwort. Die Frage nach Übermittlung des Eurofighter-Kaufvertrags wurde zwei Mal von der Erstinstanz wegen Begründungsmängeln zur Behörde zurückgeschickt, beim dritten Versuch bekam die Behörde Recht. Meine außerordentliche Revision zu dieser Entscheidung liegt seit April 2019 beim Höchstgericht.

⁹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Eurofighter-Affäre>

¹⁰ <https://www.informationsfreiheit.at/2015/06/30/eurofighter-gegengeschaefte-nach-unserer-klage-veroeffentlicht/>



Förderungen

Für meinen Arbeitgeber fragte ich bei allen 2096 Gemeinden Österreichs eine Liste der Förderempfänger und -beträge in den Bereichen Kultur und Sport an¹¹.

Abseits davon, dass 50% der Gemeinden nicht einmal auf die Anfrage (und diverse Erinnerungen) antworteten – ein klarer Gesetzesbruch – wies der Gemeindebund die Gemeinden auf die Möglichkeit hin, obskure Gebühren für die „Eingabe“ zu verrechnen – also Geld dafür zu verlangen, dass wir eine Email an die Gemeinde geschickt haben. Das Finanzamt erklärte den Gemeinden, dass zumindest die häufigste Gebühr, die verrechnet wurde, auf uns nicht anzuwenden ist – da die Anfragen nicht im persönlichen, sondern im öffentlichen Interesse getätigt wurden. Wäre dem nicht so, wäre uns ein Kostenrisiko von 30.000 Euro (15 Euro mal 2.100 Gemeinden) entstanden.

Auch das Forum Informationsfreiheit ist dem Gebührenproblem schon einmal begegnet – bei einer Anfrageserie zu Wählerregistern in Niederösterreich¹².

Einsparungsvorschläge

Die Stadt Wien hatte bekannt gegeben, dass sie ihre Mitarbeiter um Feedback gebeten und 1.200 Einsparungsvorschläge gesammelt habe – mit deren Umsetzung sie etwa 100 Millionen Euro einsparen könne. Ich wollte wissen, welche Vorschläge das waren. Die Stadt Wien hat mir die Anfrage verweigert, da sie mutwillig sei und interne Informationen nicht vom öffentlichen Interesse seien. Die erste Instanz entschied, dass „verwaltungsinterne Akte“ gar nicht unter die Auskunftspflicht fallen. Erst das Höchstgericht urteilte, dass meine Anfrage eindeutig im öffentlichen Interesse liege und die angefragten Informationen zu erteilen sind.¹³

Die Stadt Wien übermittelte mir eine Liste – allerdings nur mit „Kurzbezeichnungen“ der Vorschläge, aus denen oft gar nicht auszuma-

11 <https://www.addendum.org/transparenz/>

12 <https://www.informationsfreiheit.at/crowdfunding-wieviele-buerger-durften-in-niederoesterreich-nicht-waehlen/>

13 <https://www.informationsfreiheit.at/2018/07/02/gerichtsentscheidung-journalisten-muessen-zugang-zu-dokumenten-erhalten/>



chen ist, was denn der Einsparungsvorschlag nun beinhaltet. Gleichzeitig behauptet sie, meine Anfrage vollinhaltlich beantwortet zu haben und verweigert die Ausstellung eines neuen Bescheides. Eine Säumnisbeschwerde diesbezüglich liegt nun wieder bei der Erstinstanz – eineinhalb Jahre nach dem Urteil des Höchstgerichts.

Und die Politik?

2013 starteten wir die Kampagne [Transparenzgesetz.at](http://transparenzgesetz.at) und forderten ein Informationsfreiheitsgesetz nach Hamburger Vorbild. Also ein Recht auf Wissen, ein Recht auf Dokumentenzugang, eine Veröffentlichungspflicht für Behörden, eine zentrale Datenplattform und einen Informationsfreiheitsbeauftragten als erste Beschwerdeinstanz¹⁴.

Seit 2013 sind alle Parteien grundsätzlich und öffentlich dafür, die SPÖ-ÖVP-Regierungen holten sich dafür auch regelmäßig durch Ankündigungen Vorschusslob in den Medien.¹⁵

Die ersten Entwürfe für die einfachgesetzliche Ausgestaltung des IFG wurden prompt geheim gehalten und erst nach öffentlichem Druck durch einen offenen Brief veröffentlicht. Schnell war klar, warum: aus der Frist von acht Wochen wurde im neuen Entwurf eine Frist von acht Wochen – erweiterbar um weitere acht Wochen. Der Informationsbegriff war unnötig eingeschränkt, die Geheimhaltungskriterien waren weit gefasst und nicht einmal abschließend aufgezählt. Für eine rechtliche Begründung für eine Informationsverweigerung war sogar eine Gebühr von 30 Euro vorgesehen.

Erst viel später – nach einer Wahl und Regierungsbildung – nahm der Autor des Entwurfs öffentlich Stellung – und behauptete, dass mit der geplanten neuen Regelung weiterhin Informationen über Kosten für Grenzzäune oder Berater-Aufträge geheim gehalten werden würden.

2017 scheiterten die Hinterzimmer-Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP erneut, bald danach die ganze Regierung. Die darauf folgende ÖVP-FPÖ-Regierung hatte das Vorhaben nicht mehr im Regierungsprogramm.

¹⁴ <https://www.informationsfreiheit.at/transparenzgesetz-at/>

¹⁵ <https://www.informationsfreiheit.at/timeline/>



Im Wahlkampf für die Nationalratswahl 2019 beteuerten alle Parteichefs erneut, für die Abschaffung des Amtsgeheimnisses zu sein. Die NEOS brachten im Herbst 2019 einen stark verbesserten Entwurf für ein IFG ins Parlament ein¹⁶. Auch das Regierungsprogramm der Anfang 2020 gebildeten ÖVP-Grünen-Regierung kündigt ein Informationsfreiheitsgesetz an und sieht einige Verbesserungen im Bereich Transparenz vor¹⁷. Das Thema bleibt also auch 2020 spannend.

16 <https://www.informationsfreiheit.at/2019/10/22/forum-informationsfreiheit-begruesst-initiative-fuer-ifg/>

17 <https://www.informationsfreiheit.at/2020/01/03/so-bewerten-wir-das-tuerkis-gruene-regierungsprogramm/>



Quelle Foto, Text in Anlehnung an: <https://datentaeter.de/about/>

VI Marie-Louise Timcke

Aus Rohdaten werden Nachrichten: Open Data als Voraussetzung für Datenjournalismus?

Marie-Louise Timcke ist programmierende Journalistin und leitet das Interaktiv-Ressort der Funke Mediengruppe. Dort arbeitet sie gemeinsam mit einem interdisziplinären Team aus Entwicklern, Designern und Journalisten mit neuen Recherchemethoden und visuellen Erzählformen.

Aus ihrem Datenjournalismus-Studium an der TU Dortmund heraus gründete sie Journocode, eine Initiative für mehr Data Literacy und IT-Skills im Journalismus.

Timcke und ihr Team sind in den zurückliegenden Jahren mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet worden, darunter für gelungene Visualisierungen, Infografiken und Datenjournalismus.

—

Marie-Louise Timcke is a programming journalist and heads the department “Interaktiv” of Funke Mediengruppe. Together with an in-

terdisciplinary team of developers, designers and journalists she uses new research methods and visual narrative forms.

From her studies of data journalism at the TU Dortmund University she founded Journocode, an initiative for more data literacy and IT skills in journalism.

Timcke and her team have been awarded numerous prizes in the past years, including awards for successful visualizations, infographics and data journalism.

- Hallo, vielen Dank. Ich freue mich sehr, heute hier dabei zu sein und ein bisschen was zu Offenen Daten und deren Bedeutung für den Datenjournalismus, aber auch den Journalismus allgemein zu erzählen.
- Ich arbeite als programmierende Journalistin und leite das Interaktiv-Team der Funke Mediengruppe. Von der Zentralredaktion Berlin aus arbeiten ich und mein Team aus Journalisten, Designern und Entwicklern an datengetriebenen Visual Stories zu den verschiedensten Themen und mit den verschiedensten Datensätzen.
- Neben unserem Team gibt es noch viele weitere Teams und auch Einzelkämpfer, die in Redaktionen aus Daten journalistische Geschichten machen. Was am Ende dabei für Projekte oder Darstellungsformen herauspringen, ist unfassbar vielfältig und hat ganz viel damit zu tun, wie das Team aufgestellt ist und wie es arbeitet. Mein Team ist beispielsweise sehr visuell getrieben, wir machen interaktive Visualisierungen und Anwendungen. Andere Journalist*innen nutzen ihre Daten-Skills, um investigativ zu recherchieren oder der aktuellen News-Lage noch mehr Zusatzinformationen beizufügen. Datenjournalismus ist also sehr vielfältig. Aber egal, was das Ziel ist und wie das Team aufgebaut ist: Wir alle brauchen Daten. Ohne Daten läuft nichts im Datenjournalismus.
- Die gute Nachricht: Daten sind praktisch überall. Es passiert ja quasi nichts mehr, bei dem nicht irgendwo eine Zahl in eine Statistik oder eine Datenbank aufgenommen wird. Überall versuchen Firmen mehr über ihre Kunden zu erfahren, indem sie deren Daten sammeln. Parteien versuchen, mehr über ihre po-



tentiellen Wähler zu erfahren, Regierungen und Behörden mehr über die Bürger, die sie vertreten, schützen oder beraten sollen. Auch Entscheidungen wie neue Gesetze werden auf Grundlage von Daten und Statistiken getroffen. Mit welchen Kosten und Einsparungen ist eine Änderung verbunden, was bedeutet sie für wen, und macht sie für die Zukunft Sinn, wenn sich bis dahin alles so verändert, wie es Prognosen vorhersagen? Die Welt ist also voller Daten, und es werden täglich immer mehr. Für Datenjournalist*innen sind diese Daten der Kraftstoff, ohne den gar nichts geht. Aber auch für andere Journalist*innen sind der Zugang zu Daten und das Know-How für den richtigen Umgang mit ihnen von wachsender Bedeutung. Warum?

- Zum Beispiel, weil wir mit Zahlen und Statistiken Zusammenhänge finden und sie erklären können.
- Ein einfaches Beispiel ist dieses tolle Projekt von Bloomberg. Mit einfachen Linecharts zeigen die Journalisten hier, ob es Zusammenhänge in der Temperatur-Entwicklung auf der Erde und der von verschiedenen Faktoren wie der Sonne oder Waldabholzung gibt. Ohne viel Text oder unverständliche Fachbegriffe zeigt das Projekt, dass es einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung von Treibhausgasen und unserem Klima gibt.
- Mithilfe von Daten können wir aber auch gängige Thesen oder, auch sehr beliebt, Aussagen von Politikern überprüfen. Vielleicht haben Sie mitbekommen, dass es immer mehr Fact-Checking-Ressorts gibt, die sich genau um diesen Aspekt kümmern. Zuverlässige Daten zu finden ist hier sehr wichtig.
- Bei einem Beispiel von meinem Team geht es eher darum, Vorurteile zu überprüfen. Mit Wahldaten konnten wir zeigen, dass es nicht immer einfach nur der Osten war, in dem rechts gewählt wurde. Bei einem anderen Projekt haben wir mit den verschiedensten Merkmalen gängige Klischees von Berlin überprüft und beispielsweise herausgefunden, dass München viel mehr Zugezogene hat und Berlin im Schnitt auch gar nicht so super jung ist, wie man immer denkt.
- Was uns Statistiken außerdem erlauben: Wir können komplexe Themen herunterbrechen oder dadurch spannender machen, dass wir die Frage "Was bedeutet das für mich? Wie ist das bei

mir?“ beantworten können. Was ich damit meine ist, dass die Gesamtanzahl an Steuerschulden, die Deutschland hat, nicht so interessant und fassbar ist, wie die Summe Steuerschulden, die das auf mich persönlich heruntergerechnet bedeutet. Dieser Ansatz, immer zu versuchen, größere Themen auf die Leser*innen herunterzubrechen, spielt in meinem Team eine große Rolle.

- Als Beispiel habe ich hier einmal die Berliner Mietkarte von 2014 mitgebracht, die nicht nur zeigt, wo die Durchschnittsmiete wie hoch ist, sondern auch, wo sie sich der Leser oder die Leserin mit dem eigenen Gehalt und der gewünschten Wohnungsgröße noch leisten könnte. Voraussetzung für diese “Herunterbrech“-Ansätze ist, dass wir möglichst granulare Daten haben, die Statistiken also möglichst auf detailliertere Wohnungsgebiete oder Bevölkerungsgruppen heruntergebrochen werden können.
- Wir sehen also, es sind ziemlich viele tolle Sachen möglich, wenn man Daten zu einem spannenden Thema hat und mit ihnen umgehen kann. Zusammengefasst führt uns das allerdings zu einer Abhängigkeit von Daten und Datenquellen. Langfristig können wir nur über Themen berichten, zu denen es Daten gibt, zu denen wir Zugang haben. Egal, ob Zugang letztlich bedeutet, dass ein*e Whistleblower*in am Werk war oder die Daten frei verfügbar im Netz stehen. Hier spielt auch die Qualität der Daten und der Datenquelle eine große Rolle. Häufig bekommen wir die Erhebung, die uns interessiert, nur von einer einzigen Quelle. Um das Zwei-Quellen-Prinzip aufrecht erhalten zu können, können wir unsere Findings nur durch Expertenaussagen und Einschätzungen validieren. Eine Cross-Validierung mit einem zweiten Datensatz ist so gut wie nie möglich. Wir bemühen uns also von Anfang an, Daten von vertrauenswürdigen Quellen zu bekommen. Dazu zählen Ämter und Behörden.
- Jetzt gibt es mehrere Möglichkeiten, an die Daten heranzukommen. Das IFG ist eine tolle Sache, die hier schon diskutiert wurde. Der große Nachteil im journalistischen Kontext ist, dass sich eine IFG-Anfrage nur lohnt, wenn man mittel- oder gar langfristig plant. Denn die Anfrage kostet Zeit, auch in der Bearbeitung. Sie ist immer noch etwas sehr formelles, bürokratisches, auf das ebenso formell und bürokratisch reagiert wird. Nicht, dass ich falsch verstanden werde: ich finde das IFG großartig, wenn auch hier und da verbesserungswürdig. So oder so ist das IFG ein su-

per Mittel für Bürger und auch für von Journalist*innen länger angelegte Recherchen. Für Kolleg*innen, die auf eine News-Lage reagieren wollen oder einfach mal in Datensätzen wühlen wollen in der Hoffnung, eine darin schlummernde Geschichte zu finden, kommt die Gewissheit, ob es Daten gibt und wie man sie zur Verfügung gestellt bekommt, über eine Informationsfreiheits-Anfrage einfach viel zu spät. Außerdem ist das Verfahren bisher doch recht undurchsichtig und mühsam. Ich habe auf viele Anfragen keine Antwort bekommen, oder die Antwort, dass das alles unmöglich viel Arbeit bedeute und daher einen höheren fünfstelligen Betrag koste. Oder, dass ich die Dokumente geschwärzt vor Ort angucken darf, ich aber nichts digitales bekommen werde. Solche Aufwände zu betreiben lohnt sich also nur, wenn man mit viel Zeit, Geduld und einem festen Willen an dem Thema dran ist.

- Deshalb sind Offene Daten, von Ämtern und Behörden online gestellte, durchsuchbare Statistiken und Datensätze, meiner Meinung nach der Grundtreibstoff für Datenjournalismus. Ohne offene Daten würde zumindest mein Arbeitsalltag sehr anders aussehen, weil die Hürden in der Datenrecherche gigantisch wären. Dank Open Data Portalen und Statistik-Rubriken samt Download-Bereich auf den Websites der meisten Ämter und Behörden, ist es viel leichter, sich am Anfang einer Idee einen Überblick über die möglichen Datenquellen und Erhebungen zu verschaffen. Und selbst, wenn noch nicht der gesuchte Datensatz darunter ist, hat man einen besseren Ansatz, um bei der jeweiligen Behörde nachzuhaken. Und auch die Datenaufbereitung der Behörden scheint dann einfacher, schneller abzulaufen, wenn die Abteilung ohnehin schon an Datenveröffentlichungen beteiligt ist und nicht zum ersten Mal einen Datensatz für Journalist*innen aufbereiten muss.
- Die meisten unserer letzten Projekte wären ohne Offene Daten nicht möglich gewesen. Teilweise sind wir sogar überhaupt erst auf eine Idee gekommen, weil wir auf einen Datensatz gestoßen sind.

Und ich finde, dass die Datenportale und Downloadbereiche die Kommunikation zwischen Journalist*innen und Behörden viel einfacher gemacht hat. Wir fragen nicht mehr blind, sondern können uns an den bisherigen Veröffentlichungen orientieren. Wir tauschen



uns mehr aus auf Veranstaltungen und Konferenzen, und lernen zu verstehen, wie die jeweils andere Seite mit den Daten arbeitet und wie wir die Zahlen interpretieren können.

Ich glaube, viele Behörden sind da schon auf einem guten Weg [...], haben durchsuchbare Datenbanken online und reagieren schnell auf informelle Anfragen. Teilweise merkt man aber noch Verunsicherung, was rausgegeben werden kann, oder grundsätzliche Ablehnung mit verwaschenen Kostenvoranschlägen.

VII Zusammenfassung

Sven Müller

Referent für Informationsfreiheit bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht, Kleinmachnow

Am 28. Oktober 2019 veranstaltete die Landesbeauftragte das inzwischen elfte Internationale Symposium zu Themen der Informationsfreiheit. In diesem Jahr stand die Veranstaltung unter der Fragestellung: „Informationsfreiheit und Journalismus – ein effektives Rechercheinstrument?“

Das Grußwort sprach der Präsident des Verwaltungsgerichts Potsdam, **Dr. Jan Bodanowitz**. Er berichtete aus der zwanzigjährigen Erfahrung des Gerichts mit dem Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz. Angesichts der oft zeitkritischen Anfragen von Journalistinnen und Journalisten spiele für sie das Instrument des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung eine wichtige Rolle. Gleichzeitig verdeutlichte Bodanowitz die Schwierigkeiten eines solchen Eilverfahrens: Dem Gericht lägen die strittigen Informationen gar nicht vor und im Falle einer positiven Entscheidung würde die Hauptsache vorweggenommen, schließlich könnten einmal herausgegebene Informationen nicht mehr zurückgeholt werden. Entscheidende Voraussetzung für den Erfolg des Eilantrags sei ein triftiger Anordnungsgrund. Darüber hinaus sprach Bodanowitz die Frage an, ob Journalistinnen und Journalisten, die ihren Antrag auf ein Jedermannsrecht – als solches sind die Informationsfreiheitsgesetze in der Regel konzipiert – stützen, als Journalistinnen und Journalisten bevorzugt oder als Jedermann mit anderen Antragstellerinnen und Antragstellern gleichbehandelt werden sollen. Die Rechtsprechung, so skizzierte er, tendiere zur letztgenannten Alternative. Trotz eines auch an anderen Verwaltungsgerichten nicht unbekanntem Verfahrensstaus betonte der Präsident des Verwaltungsgerichts Potsdam sein Interesse, das Informationsfreiheitsrecht durch weitere Entscheidungen fortzuentwickeln.

Da die Stärkung der Transparenz häufig auf Initiativen der Europäischen Union zurückgeht, richtet das Internationale Symposium sein Augenmerk bereits traditionell auf diese Perspektive. **Graham Smith**, leitender Beamter im Kabinett der Europäischen Bürgerbeauftragten Emily O'Reilly, berichtete über die Erfahrungen seiner



Einrichtung mit der Verordnung EG Nr. 1049/2001, also mit dem Informationszugangsrecht gegenüber den Einrichtungen der Europäischen Union. Die Anzahl der Beschwerden von Journalistinnen und Journalisten über den verweigerten Zugang zu Dokumenten sei in den letzten Jahren stetig angestiegen, zuletzt auf 13 Prozent aller 120 im Jahr 2018 eingegangenen Beschwerden zur Informationsfreiheit. Besonders für Journalistinnen und Journalisten interessant sei ein bei der Bürgerbeauftragten neu eingeführtes Eilverfahren („Fast Track Procedure“), das der oft kurzen Halbwertszeit von Informationen Rechnung tragen soll. Zwar habe die Bürgerbeauftragte keine Sanktionsmöglichkeit für den Fall, dass Behörden unzureichend kooperieren, jedoch zeige sich in der Praxis, dass das Anprangern eines solchen Verhaltens durch die Beschwerdeführer in sozialen Medien den gewünschten Effekt oft nicht verfehlt. Insgesamt steige der Wert von Informationszugangsanfragen für Journalistinnen und Journalisten mit dem vorhandenen Zeitbudget – wer mittel- oder langfristig recherchiere, sei klar im Vorteil. Der Wert der Verordnung EG Nr. 1049/2001 für die Öffentlichkeit werde im Übrigen auch dadurch deutlich, dass Journalistinnen und Journalisten sich in ihren Artikeln auf dieses Rechercheinstrument beziehen. Smith betonte, dass eine Verwaltung auch dann noch die volle Kontrolle über ein Dokument behalte, wenn sie dieses herausgibt, schließlich könne sie selbst es parallel veröffentlichen und damit in einen anderen oder weiteren Zusammenhang stellen. Für Journalistinnen und Journalisten hatte Smith ein paar Tipps, die ohne Weiteres verallgemeinert werden können: Sich selbst im Klaren darüber sein, um welche Dokumente es geht, recherchieren, ob diese nicht bereits veröffentlicht sind, im Zweifelsfalls lieber einmal mehr den persönlichen Kontakt suchen und natürlich: dranbleiben!

Wer Informationsfreiheitsanträge stellt, um aus den Ergebnissen journalistisch interessante Geschichten zu machen, sollte die Mühe nicht scheuen, sich auch gerichtlich mit öffentlichen Stellen, aber auch mit dem Informationsfreiheitsbeauftragten, der in Irland beklagt werden kann, auseinanderzusetzen. **Gavin Sheridan** ist Teil des Teams hinter TheStory.ie, einem Portal, das solche Geschichten veröffentlicht und seit dem Jahr 2016 als Nichtregierungsorganisation eingetragen ist – schon alleine, um das in Irland immense Kostenrisiko für Auseinandersetzungen auf diesem Rechtsgebiet in den Griff zu bekommen. Anwälte, berichtete Sheridan durchaus zur Erheiterung des Publikums, freuten sich inzwischen über Aufträge, da Streitigkeiten über den Informationszugang aus Sicht der An-

tragsteller offenbar erfolgsversprechend und daher gewinnträchtig seien. Sheridan sprach über das Verfahren zur Herausgabe von Dokumenten, die belegen, wie die Republik Irland nach der Finanzkrise im Jahre 2008 gedrängt wurde, den sogenannten Bailout – also die Teilnahme an Maßnahmen zur Finanzstabilisierung – zu beantragen. In den meisten Fällen, in denen Journalistinnen und Journalisten Anträge auf Informationszugang stellen, gehe es allerdings schlicht um die Frage: „Where did the money go?“ Manchmal zeigten solche Anfragen bizarre Ergebnisse wie beispielsweise im Fall eines irischen Politikers, der, wie sich herausgestellt habe, trotz eines kostenlosen Shuttledienstes mehrere hundert Euro für eine Limousine ausgegeben habe, die ihn an einem Londoner Flughafen von einer Abfertigungshalle in eine andere brachte. Oft löse der Informationszugang weitere Nachfragen aus, da sich aus der Offenlegung einer Information zusätzlicher Erklärungsbedarf ergebe. Sheridan betonte die Bedeutung der europäischen Rechtsprechung. So sei das auf Artikel 10 Europäische Menschenrechtskonvention gestützte Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall Magyar Helsinki Bizottság gegen Ungarn (Nr. 18030/11) wegweisend gewesen. Auch hätten irische Gerichte anerkannt, dass das in bestimmten Fällen informationszugangsfreundlichere Recht der Europäischen Union innerstaatlich verfasste Vertraulichkeitsklauseln außer Kraft setzte. Schließlich verwies er auf die Bedeutung der novellierten Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors im Hinblick auf die Zurverfügungstellung von Informationen in offenen Formaten.

Am Beispiel der umstrittenen architektonischen Neugestaltung der Innenstadt von Skopje schilderte **Ana Petruševa**, Mitbegründerin und Länderdirektorin des Balkan Netzwerks für Investigativen Journalismus in Nordmazedonien, ihre wechselvollen Erfahrungen mit der Informationsfreiheit. Im Kern sei es darum gegangen, aufzuklären, wie die enormen Kostensteigerungen des Projekts zustande kamen und wohin die Mittel abgeflossen sind. Dem Netzwerk sei es gelungen, eine umfangreiche Datenbank zu erstellen, die sich aus ganz unterschiedlichen Quellen speise. So flössen darin Ergebnisse von Informationsfreiheitsanfragen ebenso ein wie Angaben, die beispielsweise im Rahmen der Beschaffungsvorgänge offengelegt worden seien. Nutzerinnen und Nutzer der Datenbank seien neben Journalistinnen und Journalisten auch Antikorruptionsverbände, Architektinnen und Architekten sowie Künstlerinnen und Künstler. Das Netzwerk selbst stelle hunderte von Informationsfreiheitsanfra-



gen pro Jahr. Petruševa berichtete in diesem Zusammenhang über ein Projekt zur Gegenüberstellung von Budgetplanungen nordmazedonischer Kommunen und ihren Realisierungen. Wichtig sei es, betonte sie, kontinuierlich nachzufragen. Anfragen bei der Regierung hätten bewirkt, dass strengere Regelungen und Publikationspflichten bezüglich der Einkäufe durch Ministerien erlassen worden seien. Auch setze sich das Netzwerk dafür ein, dass politische Parteien in den Anwendungsbereich des Informationsfreiheitsgesetzes aufgenommen werden, um mehr Transparenz in deren Finanzierung zu bringen. An Petruševas Beispielen aus der Erfahrung ihrer Organisation in anderen Staaten des westlichen Balkans zeigte sich schließlich, dass Anspruch und Praxis der Informationsfreiheit nicht immer identisch sind.

Atlatzso – das ist die ungarische Bezeichnung für Transparenz. So heißt auch eine Watchdog NGO, die als Zentrum für investigativen Journalismus eine unabhängige Internetplattform unter dem gleichen Namen betreibt. **Tamás Bodoky** hat die Organisation und ihre vielfältigen Aktivitäten vorgestellt. Trotz Diskreditierungen von Staats wegen und einer für unabhängigen Journalismus nur als schwierig zu bezeichnenden Situation in Ungarn gelinge es Atlatzso dennoch, investigativen Journalismus zu betreiben und Schlagzeilen zu machen. Whistleblowern, die brisante Informationen einreichen, gewähre Atlatzso Vertraulichkeit. Seit dem Jahr 2012 betreibe die Organisation eine mit dem deutschen fragdenstaat.de vergleichbare Internetseite, über die inzwischen bereits 13.200 Informationsfreiheitsanfragen – über die Hälfte davon erfolgreich – gestellt worden seien. Die Plattform mit der Bezeichnung Kimittud werde auch von Journalistinnen und Journalisten, Bloggerinnen und Bloggern sowie Aktivistinnen und Aktivisten zunehmend genutzt. Auch übernimmt Atlatzso in wichtigen Fällen den Rechtsbeistand für Nutzerinnen und Nutzer der Plattform gegenüber öffentlichen Stellen. Zahlreiche eigene Informationsanträge habe Atlatzso – teilweise erfolgreich – vor die Gerichte gebracht. Bodoky ließ aber nicht unerwähnt, dass die mehrjährige Verfahrensdauer oft eine Anrufung des Beauftragten für Informationsfreiheit vorzugswürdig erscheinen lasse. Auch bedeute ein positives Urteil keineswegs, dass die Informationen anschließend wirklich herausgegeben würden. Das ungarische Parlament habe auf die infolge der Nutzung von Kimittud steigenden Antragszahlen mit der Schaffung einer neuen Ausnahmeklausel im Informationsfreiheitsgesetz reagiert. Diese sollte eine „übermäßige Nutzung“ des Gesetzes ausschließen. Später habe der Gesetzge-

ber zusätzlich noch Gebühren für die Beantwortung von Anfragen eingeführt. Die Hindernisse auf dem Weg zum Informationszugang, aber auch die Relevanz der Anfragen schilderte Bodoky an mehreren Beispielen: Unterlagen für ein Kernkraftwerk, die gehäufte Beauftragung ein und desselben Rechtsanwalts durch die Polizei oder der Geldfluss von einem staatlichen Unternehmen an eine regierungsfreundliche Organisation.

Über die Lage in unserem südlichen Nachbarland Österreich referierte **Markus Hametner**, Mitbegründer und stellvertretender Obmann des Forums für Informationsfreiheit. Die Bundesverfassung enthalte dort einerseits eine Verpflichtung zur Verschwiegenheit, andererseits eine Auskunftspflicht der öffentlichen Verwaltung. Das Auskunftspflichtgesetz schränke den Umfang der Auskunftspflicht aber erheblich ein. Insbesondere heiße es darin, dass mutwillig verlangte Auskünfte nicht erteilt werden müssten. Mutwillig handele nach der Rechtsprechung unter anderem, wer sich im Bewusstsein der Grund- und Aussichtslosigkeit, der Nutz- und Zwecklosigkeit seines Handelns an die Behörde wende. Andererseits kommt der Europäischen Menschenrechtskonvention in Österreich ebenfalls Verfassungsrang zu. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte – insbesondere das Urteil in der Streitsache Österreichische Vereinigung zur Erhaltung, Stärkung und Schaffung eines wirtschaftlich gesunden land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes gegen Österreich (Nr. 39534/07) habe hier einer Nichtregierungsorganisation das Recht auf Informationszugang auf der Grundlage des Artikels 10 Europäische Menschenrechtskonvention eingeräumt. Welche Hindernisse journalistischen Informationszugangsanfragen in der Praxis entgegenstehen, schilderte Hametner an anschaulichen Beispielen wie dem Verfahren zum Fall der Eurofighter-Gegengeschäfte. Aussagen auf Pressekonferenzen könnten nach seiner Erfahrung nur schwer hinterfragt werden, da die Überprüfung per Informationszugang tatsächlich zumeist unmöglich sei. Indes kann man die politische Situation nur als skurril bezeichnen: Es gebe eine fünfstellige Zahl von Unterstützerinnen und Unterstützern für das vom Forum Informationsfreiheit geforderte Transparenzgesetz und schon vor vielen Jahren habe die Politik unisono versprochen, das Amtsgeheimnis zu lockern – ohne Konsequenzen. Man darf also gespannt sein, ob die künftige Regierung – zum Zeitpunkt der Veranstaltung fanden in Wien noch Sondierungsgespräche statt – das Thema aufgreifen wird.

Marie-Louise Timcke ist programmierende Journalistin und leitet das Interaktiv-Team der Funke Mediengruppe. Von der Zentralredaktion Berlin aus arbeiten sie und eine Gruppe aus Journalistinnen und Journalisten, Designerinnen und Designern sowie Entwicklerinnen und Entwicklern Datensätze zu unterschiedlichen Themen so auf, dass daraus visuelle Geschichten werden. Journalistinnen und Journalisten, sagte sie voraus, würden vermehrt IT-Kenntnisse benötigen, weil Daten und Fakten immer wichtiger würden. Oft ließen sich Zusammenhänge erst mit Zahlen und Statistiken erkennen. Ein Faktencheck, der beispielsweise politische Aussagen oder auch gängige Vorurteile datengestützt überprüft, gewönne in den Redaktionen immer größere Bedeutung. Mithilfe von Wahldaten hätten Timcke und ihr Team beispielsweise zeigen können, dass es nicht immer nur der Osten Deutschlands war, in dem rechts gewählt wurde. Mit einem anderen Projekt hätten sie das gängige Klischee von Berlin als junge Metropole mit den meisten Zugezogenen widerlegt. In Wirklichkeit treffe dies eher auf München zu. Der Datenjournalismus habe jedoch einen Nachteil – die Abhängigkeit von Datenquellen und von der Qualität der verwendeten Daten. Öffentliche Stellen stünden hier zwar an erster Stelle. Das Informationsfreiheitsrecht sei aber oft nicht das Mittel der Wahl, um diese Daten zu erhalten – das Verfahren sei zu zeitaufwendig und die Ergebnisse seien zu unvollständig bzw. zu wenig digital. Oft führe eine freundliche Nachfrage bei der Behörde weiter als ein förmlicher Antrag. Timcke befürwortete die aktive Veröffentlichung von Daten und Statistiken auf Open-Data-Portalen oder auch behördeneigene Statistik-Rubriken. Die hierfür nötige Aufbereitung der Daten geschehe viel reibungsloser, wenn eine Behörde darin bereits Übung hat. Als positives Beispiel führte sie die Stadt Moers an, die hierfür eigens zuständige Ansprechpersonen beschäftigt. Aus ihrer eigenen Erfahrung schilderte die Referentin, dass offene Daten teilweise die journalistische Themenfindung überhaupt erst inspirierten.

Die Moderation der Veranstaltung hatte der Vorsitzende der Landespressekonferenz Brandenburg e. V., **Benjamin Lassiwe**, übernommen. Er gestaltete auch die **Podiumsdiskussion** zum Abschluss des Internationalen Symposiums, an der alle sechs Referentinnen und Referenten teilnahmen. Seine einleitende Frage, wie für sie denn ein ideales Informationsfreiheitsgesetz aussehe, konnten sie einhellig beantworten. Sie forderten einen weiten Anwendungsbe-
reich, kurze Fristen, keine Gebühren, wenige Ausnahmetatbestände unter Vorbehalt einer Abwägung mit dem öffentlichen Einsichtsinter-



resse (Public Interest Test), die Berücksichtigung digitaler Formate und die Verpflichtung zur aktiven Veröffentlichung. Das Gesetz, so zeigte die weitere Diskussion deutlich, ist das eine, die Praxis das andere. Die Bedrohungssituation, in der sich Journalistinnen und Journalisten in manchen Ländern nach einer brisanten Reportage wiederfinden, ist dabei nur ein krasses Beispiel. Auch ansonsten habe der für eine gelebte Informationsfreiheitskultur notwendige Wandel bislang nur unvollständig stattgefunden. Behörden hätten vor allem ein Problem damit, die „kritischen zehn Prozent“ herauszugeben. Der Wunsch öffentlicher Stellen, Informationen geheim zu halten, werde wohl nicht verschwinden. Nur eine Organisation, die Transparenzziele für sich formuliert und auch umsetzt, könne einen solchen Kulturwandel – bei sich selbst beginnend – bewirken. Manchmal führe ein informelles Gespräch viel weiter als der Austausch von E-Mails. Zu viel Nähe zwischen Journalistinnen bzw. Journalisten bzw. öffentlichen Stellen müsse dabei allerdings vermieden werden. Zur Sprache kamen, nicht zuletzt in der Diskussion mit dem Publikum, auch die Grenzen der Informationsfreiheit und die journalistische Eigenverantwortung beim Umgang mit sensiblen, unter Umständen personenbezogenen Daten.

Für das Symposium hatten sich etwa 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer registriert, die teilweise aus Portugal, Serbien, Slowenien, Österreich, der Ukraine und dem Kosovo angereist waren. Auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter von Bundes- und Landesbehörden sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen trugen durch ihre Diskussionsbeiträge zum Gelingen der Veranstaltung bei. Nicht zuletzt bot das Symposium den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie den Referentinnen und Referenten die Gelegenheit, sich kennenzulernen und zu vernetzen. Die in verschiedenen Versionen wiederholte Feststellung, dass zwischen Antragstellerinnen und Antragstellern auf der einen und Akten führenden Stellen auf der anderen Seite keineswegs ein Schützengraben verlaufen muss, konnte so unmittelbar in die Praxis umgesetzt werden.

Kontakt

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow

Telefon 033203 356-0

Fax 033203 356-49

E-Mail Poststelle@LDA.Brandenburg.de

WWW.LDA.BRANDENBURG.DE